Zur Auseinandersetzung im KABD Seite 9

1 H 3752 CX

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 30 vom 24. Juli 1976 | 10. Jahrgang | 50 Pfennig

Montreal: Der erste Schritt ist gemacht

Taiwan raus aus dem IOC!

Können Sie sich vorstellen: An den Olympischen Spielen in Montreal nehmen keine Sportler aus der Bundesrepublik (und aus der DDR) teil. Das Internationale Olympische Komitee (IOC) hat sie ausgeschlossen. Stattdessen marschieren bei der Eröffnungsfeier zwei Segler aus Helgoland ins Stadion. Sie tragen eine eigene Flagge, die Helgoländer „Hymne" wird gespielt und ein Schild mit der Aufschrift „Republik Deutschland" wird ihnen vorangetragen. Offensichtlich eine absurde Vorstellung.

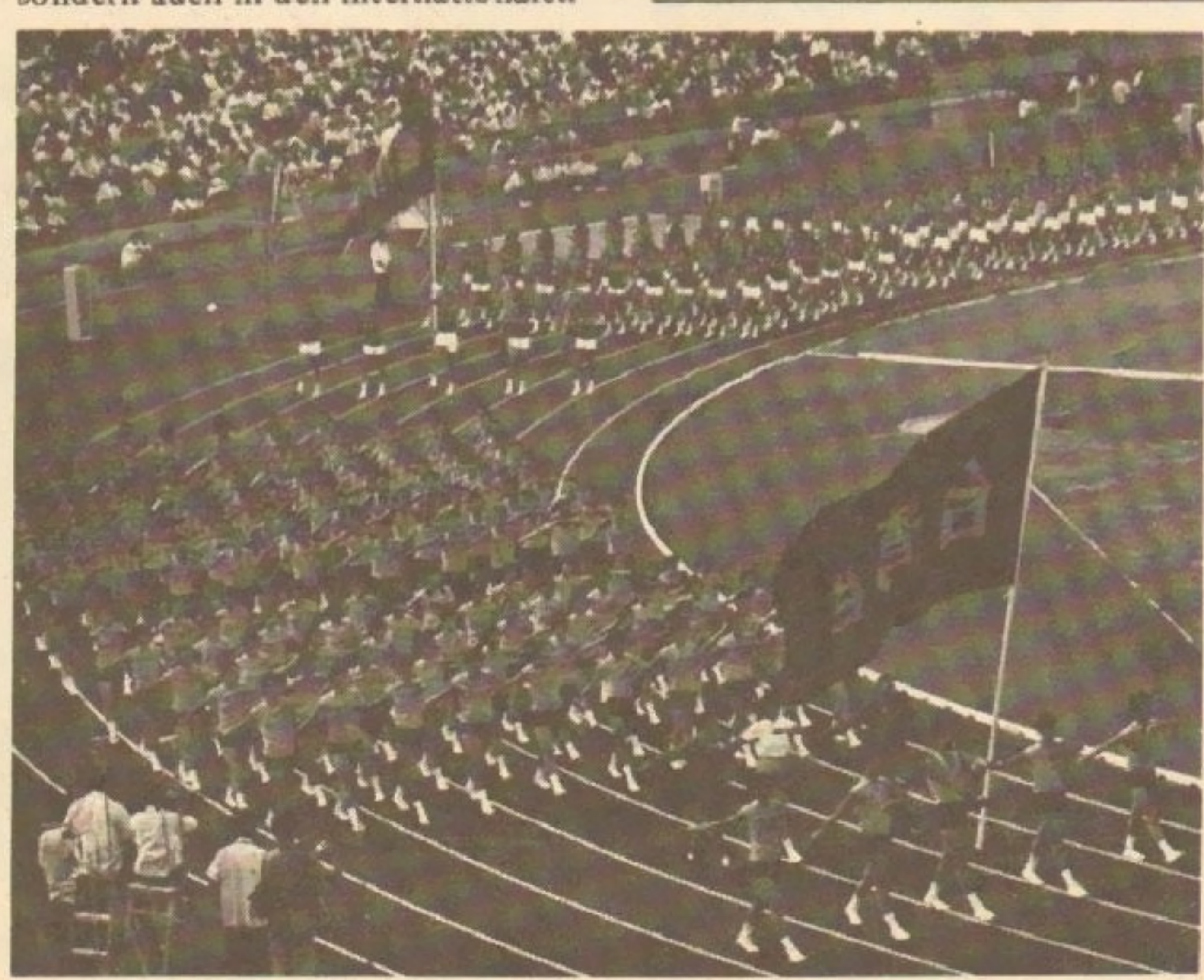
Und doch gibt es so etwas. Im Internationalen Olympischen Komitee hält die chinesische Provinz Taiwan den Sitz Chinas, der allein der VR China zusteht, besetzt. Die Sportler des sozialistischen China sind von den Spielen ausgeschlossen. Bei den Olympischen Spielen wurde China bis jetzt von Taiwan vertreten. Wie ist eine solche Absurdität möglich?

Als die kanadische Regierung den Sportlern aus Taiwan, die an den Olympischen Spielen unter der Bezeichnung „Republik China" die Einreise verweigerte, da hetzte die kapitalistische reaktionäre Presse einmütig: „Der Sport – und schon gar nicht die Olympischen Spiele – darf mit Politik nichts zu tun haben"; und: „Der Sport darf sich nicht von der Politik erpressen lassen." Fragt sich natürlich immer, was für eine Politik gemeint ist. Die Imperialisten und Reaktionäre haben in den internationalen Sportorganisationen und selbstverständlich auch im IOC schon immer ihre reaktionäre imperialistische Politik betrieben und, solange sie sie widerstandslos durchsetzen konnten, war die „Unabhängigkeit" des Sports von der Politik „selbstverständlich" immer gewahrt.

Die Teilnahme Taiwans und der Ausschluß der Volksrepublik China von den Olympischen Spielen ist nicht erst seit heute eine politische Frage. Das war es seit 1949, als das chinesische Volk nach seinem Sieg in der Revolution unter der Führung der Kommunistischen Partei Chinas die Volksrepublik China gründete. Die faschistische Clique um Tschiang Kai-schek flüchtete auf die Insel Taiwan und errichtete dort mit der Hilfe der amerikanischen Imperialisten eine faschistische Diktatur, der sie den hochtrabenden Namen „Republik China" gaben. Niemals war diese sogenannte „Republik" berechtigt, das chinesische Volk zu vertreten. Im Gegenteil. Das chinesische Volk haßte diese Clique von ganzem Herzen, es hatte sie ja gerade vom Festland vertrieben. Die Bevölkerung Taiwans zeigte ihren Haß gegen die faschistische Tschiang-Kai-schek-Clique durch einen Aufstand, der aber blutig niedergeschlagen wurde.

Es waren die amerikanischen Imperialisten, ihre Lakaien und Verbündeten, die diese Clique auf dem internationalen Parkett hoffähig machten. Sie verschafften ihr nicht nur den Sitz in der UNO, aus der sie jetzt schon längst vertrieben ist, sondern auch in den internationalen Sportorganisationen, darunter auch im IOC. Das alles diente dem Zweck, das sozialistische China international zu isolieren und war Bestandteil der konterrevolutionären Politik des amerikanischen Imperialismus gegen den Sozialismus und die revolutionären Völker der Welt. **Diejenigen, die jetzt schreien, die Politik „mische sich in unerträglicher Weise in die Angelegenheiten des Sports ein", sind Heuchler.** Zu diesen Heuchlern gehören auch die russischen Sozialimperialisten. „Wir kämpfen hier nicht für Taiwan oder irgendein Land", erklärte das sowjetische Mitglied des IOC Adrianow in Montreal, „sondern hier geht es um die strikte Wahrung olympischer Prinzipien". Zu diesen „olympischen Prinzipien" gehört aber auch, laut Satzung des IOC, die Behauptung, daß der Sport unabhängig von der Politik sein müsse. Wenn die russischen Sozialimperialisten diesen reaktionären, verlogenen Standpunkt verteidigen, so zeigen sie damit, daß sie um keinen Deut besser

Fortsetzung auf Seite 6, Sp. 2



Die Sportler der chinesischen Provinz Taiwan ziehen beim 3. Sportfest der Volksrepublik China am 12. September 1975 in das Stadion von Peking ein.

Israelische Aggression gegen Uganda

Die Völker verurteilen die Zionisten

Nach vier Sitzungen hat der Weltsicherheitsrat der UNO seine Debatte über die faschistische Aggression der israelichen Zionisten gegen Uganda beendet, ohne eine Resolution zu verabschieden. Zwei Fronten standen sich gegenüber. Auf der einen Seite die Völker der Welt und die Volksrepubliken China und Albanien, die die Aggression Israels gegen Uganda verurteilt haben. Auf der anderen Seite die Feinde der unterdrückten Völker, die Imperialisten mit den amerikanischen an der Spitze und ihre Lakaien, die unter allen Umständen eine Verurteilung Israels verhindern wollten. In dieser Front standen mit ihrem ersten Auftritt vor dem Sicherheitsrat auch die westdeutschen Imperialisten.

Einmütig hat die 13. Gipfelkonferenz der „Organisation für afrikanische Einheit" (OAU) die Aggression Israels gegen Uganda verurteilt. Auf den Antrag der 46 in der OAU zusammengeschlossenen afrikani-

Fortsetzung auf Seite 2, Sp. 3

Vertrauensleutewahlen 1976

Ein Erfolg für die roten Kandidaten

Im Mai sind die diesjährigen Vertrauensleutewahlen im Bereich der IG Metall und der IG Chemie zu Ende gegangen. Durch Arbeitslosigkeit, Massenentlassungen, Rationalisierungen und verschärfte politische Unterdrückung haben sich in den letzten Jahren die Klassenwidersprüche weiter verschärft. In zahlreichen Fällen haben die Arbeiter mutige Kämpfe gegen die Abwälzung der Krisenfolgen auf ihren Rücken durchgeführt und ihre Interessen verteidigt.

Diese Entwicklung hat besonders in größeren Betrieben dazu geführt, daß das Interesse der Arbeiter an der Vertrauensleutewahl gewachsen ist. Lief die Wahl früher oft so ab, daß die Kollegen ihren alten Vertrauensmann einfach wieder bestätigen ließen, lehnten sie jetzt in vielen Fällen die Wahl der alten Vertrauensleute ab, wenn diese sich passiv verhalten oder sogar als Zuträger der Gewerkschafts- und Betriebsratsbonzen gedient hatten und gegen ihre Kämpfe vorgegangen waren. Sie schlugen aus ihren Reihen die Kollegen als Kandidaten vor, die am klassenkämpferischsten aufgetreten waren und sich für die Forderungen am mutigsten gegenüber den Meistern, der Geschäftsleitung, aber auch gegenüber den Bonzen eingesetzt hatten.

Gerade in den Betrieben, in denen die Kollegen die Erfahrung gemacht hatten, daß die Gewerkschaftsbonzen ihre Kämpfe abgewiegelt und sie vertröstet hatten oder sie abgewürgt haben, war es für sie entscheidend, daß ihr Kandidat bereit war, gegen die Bonzen zu kämpfen.

Dem gestiegenen Interesse der Kollegen, die Vertrauensleute zur Stärkung ihres Kampfes auszunutzen, standen die Absichten, die der reaktionäre DGB-Apparat mit den Wahlen verfolgte, genau entgegengesetzt gegenüber. Der DGB-Apparat hat die Aufgabe, unter dem Deckmantel der „Kampforganisation der Arbeiter und Angestellten" deren Kämpfe gegen Ausbeutung und Unterdrückung von innen heraus zu zersetzen, abzuwürgen und zu zerschlagen.

Das können aber die Bonzen, die Vetter, Loderer, Hauenschild und Mahlein nicht von ihren Sesseln aus erledigen. Das schaffen sie auch nicht mit einem Dutzend Reden im Jahr, sondern dazu brauchen sie Verbindungsleute zu der Masse der Kollegen in den Betrieben. Diese Aufgabe sollen für sie die Vertrauensleute und Betriebsräte wahrnehmen. Sie sollen die Politik des Apparats gegenüber den Kollegen durchsetzen, die Ideologie der Klassenversöhnung, die Mitbestimmungs- und Sozialpartnerschaftskumpanei in die Arbeiterklasse tragen und sie vom Klassenkampf abhalten.

Eine besondere Rolle nehmen dabei die modernen Revisionisten der D„K"P/SEW ein. Grundsätzlich verfolgen sie die gleichen Ziele wie der DGB-Apparat, nämlich die Arbeiterklasse vom revolutionären Kampf abzuhalten und ihren Widerstand gegen die kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung in friedliche, für das Kapital ungefährliche Bahnen zu lenken. Sie treten aber als Kommunisten auf und benutzen marxistisches Vokabular, um die klassenbewußteren, fortschrittlicheren Kollegen, die die offene Klassenzusammenarbeit des DGB-Apparats bekämpfen, auf reformistische Bahnen zurückzuzerren. Daß die Betriebsräte und Vertrauensleute, die Mitglieder der D„K"P/SEW sind, ständig radikal tönen und lautstark Kritik an den Bonzen üben, gleichzeitig aber jede wirkliche Opposition gegen den reaktionären Gewerkschaftsapparat und besonders die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition wütend bekämpfen und als Spaltung der Arbeiter beschimpfen, entspringt ihren Zielen, den selbständigen Kampf der Arbeiterklasse zu verhindern. Deshalb rief unsere Partei bei den Ver-

Fortsetzung auf Seite 5

AUS DEM INHALT

Direktwahlen zum Europa-Parlament

Keine Lösung für die Werktätigen

Besonders Schmidt als Vertreter der westdeutschen Imperialisten war sehr zufrieden. Aber auch die Vertreter anderer europäischer Länder lobten die letzte Sitzung des Europa-Rates als „entscheidende Wende" oder als „Schritt vorwärts" im Hinblick auf ein vereintes Europa. Was hier derartig gefeiert wurde, war der vom Europa-Rat gefaßte Beschluß über Direktwahlen zum Europäischen Parlament, die 1978 stattfinden sollen.

Entscheidende Wende? Daß hier von einer „entscheidenden Wende" im Hinblick auf einen Fortschritt bei der europäischen Einigung keine Rede sein kann, zeigt sich schon daran, daß sich nicht wegjubeln läßt, daß dieses neue Europäische Parlament bisher noch kein Jota mehr Rechte hat als das bestehende, kleinere Europäische Parlament. Das bestehende Europäische Parlament aber hat eben keinerlei Rechte, ist ein reines Akklamationsorgan für den Europäischen Rat und seine Kommissionen.

Deutlicher noch als bei den Parlamenten der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft zeigt sich hier beim Europaparlament also, welche Aufgabe die Parlamente im Kapitalismus in Wirklichkeit haben: **Sie sind Schwatzbuden, die keinerlei effektive Arbeit leisten, sondern dem Imperialismus als demokratische Fassade dienen.**

Bauern – noch besser ausbeuten zu können. Deshalb wird sich die „Europäische Gemeinschaft" niemals auf die 260 Millionen der EG-Mitgliedstaaten stützen können, sondern immer nur auf eine Handvoll Ausbeuter. Daran werden auch 260 Millionen Wahlzettel nichts ändern.

Weil sich in der Europäischen Gemeinschaft imperialistische Räuber zusammengetan haben, um größere Beute zu machen, ist aber auch heute schon klar, daß die Direktwahl zum Europaparlament auf keinen Fall in der Lage sein wird, die seit eh und je bestehende Krise in der „Europäischen Gemeinschaft" zu überwinden. Denn diese Krise ist das Ergebnis imperialistischer Machtkämpfe in der EG. Diese Machtkämpfe spielen sich nicht nur zwischen den Mitgliedstaaten der EG ab, unter denen der westdeutsche Imperialismus immer massiver



Mit Pistolen ist die Brüsseler Polizei 1971 gegen demonstrierende Bauern vorgegangen.

Deshalb ist es auch nicht verwunderlich, daß „Demokratie" bei den Lobreden auf die letzte Sitzung des Europa-Rates groß geschrieben wird. So wurde erklärt, durch die Direktwahl von 410 Abgeordneten durch 260 Millionen Menschen erhalte die Europäische Gemeinschaft jetzt endlich eine „demokratische Legitimation". Es wurde davon gesprochen, daß die „Europäische Gemeinschaft" jetzt mit „neuer Autorität" auftreten könne usw. usf.

Diese Hoffnungen der westeuropäischen Imperialisten dürften sich allerdings kaum erfüllen. Warum hat denn die „Europäische Gemeinschaft" gegenüber den Werktätigen Europas kaum „Autorität"? Warum ist denn von den Hoffnungen, die sich viele vor Jahren über diese Institution machten, kaum etwas übrig geblieben? Weil sich an allen Beschlüssen dieses Gremiums gezeigt hat, daß sich hier die Monopole Europas zusammengetan haben, um die Werktätigen – allen voran die

auf seine Vormachtstellung pocht. Sie bestehen auch zwischen den EG-Staaten und dem US-Imperialismus, der immer noch beherrschenden Einfluß auf die Entscheidungen der „Europäischen Gemeinschaft" ausübt.

Wohlgemerkt. Kein Kommunist und kein Arbeiter ist gegen eine wirkliche Einheit Europas. Aber eine europäische Einigung im Sinne der Imperialisten nützt niemandem. Was die Werktätigen Europas wollen, ist ein Europa, in dem es keine Ausbeutung und Unterdrückung mehr gibt, ein Europa der Völker. Der Kampf dafür hat längst begonnen: in den einzelnen Mitgliedstaaten der EG, in denen der Kampf für die sozialistische Revolution unter Führung der marxistisch-leninistischen Parteien voranschreitet und unter den Völkern Westeuropas, die immer klarer die Notwendigkeit des Zusammenschlusses gegen die beiden Supermächte und die EG-Monopole erkennen.

Israelische Aggression gegen Uganda

Die Völker verurteilen die Zionisten

Fortsetzung von Seite 1

schen Staaten wurden die Sitzungen des Weltsicherheitsrates einberufen. In der von Libyen, Benin und Tansania im Auftrag der OAU dem Weltsicherheitsrat vorgelegten Resolution werden die Völker der Welt aufgefordert, den Überfall Israels auf einen souveränen Staat der UNO als „flagrante Aggression", die der Charta der Vereinten Nationen ebenso wie allen internationalen Normen und Regeln widerspricht, zu verurteilen. Diese Resolution ist von der Volksrepublik China vorbehaltlos unterstützt worden.

Hier einige weitere Erklärungen der Regierungen und Staatsoberhäupter afrikanischer Staaten, die von der bürgerlichen Presse der Bundesrepublik fast vollständig unterschlagen worden sind. In einer Botschaft des Präsidenten von Madagaskar, Didier Ratsirake, an die 13. Gipfelkonferenz der OAU heißt es: „Das Volk, der oberste Revolutionsrat und die Regierung von Madagaskar sowie ich selbst sind sehr empört über die verbrecherische Aggression, die gegen das Brudervolk von Uganda durchgeführt wurde und verurteilen mit aller Kraft diesen Akt des internationalen Banditentums."

In einer Erklärung, die die Regierung des Kongo am 5.7. veröffentlichte, wird festgestellt: „Die afrikanischen Völker haben begriffen, daß das zionistische israelische Regime für die Freiheit der arabischen und afrikanischen Völker genauso tödlich ist, wie die rassistischen Minderheitenregimes in Afrika." Die Regierung von Mexiko nannte die Aggression Israels einen „Präzedenzfall von unermeßlicher Gefahr für das zivilisierte Zusammenleben".

Alle diese Erklärungen spiegeln den gerechten Standpunkt der unterdrückten Völker wider, die gegen die Unterdrückung und Aggression von Seiten des Imperialismus und seiner Lakaien kämpfen.

Anders dagegen die israelischen Zionisten. Die Auftritte ihres Vertreters vor dem Weltsicherheitsrat gipfelten in einer beispiellosen rassistischen und faschistischen Hetze gegen Uganda und seinen Staatspräsidenten Idi Amin, den Vorsitzenden der OAU, gegen den revolutionären Kampf des palästinensischen Volkes für seine Befreiung und gegen die Völker Afrikas. Der Vertreter der israelischen Zionisten ging sogar so weit, Idi Amin als „rassistischen Mörder" zu beschimpfen und ihn mit Hitler zu vergleichen. Dieselben Leute also, die zahllose Verbrechen gegen das palästinensische Volk begangen haben, deren ehemaliges Staatsoberhaupt Golda Meir offen erklärte, jedes palästinensische Kind, das geboren werde, müsse ausgerottet werden, die in diesem Geist, als Puppen getarnte Splitterbomben über den palästinensischen Lagern im Libanon abgeworfen haben und so zahllose Kinder ermordeten, ausgerechnet die stellen sich jetzt vor der UNO als Vertreter der „freien und anständigen Menschen dieser Welt" hin.

Die israelischen Zionisten leisteten sich diesen unverfrorenen Auftritt vor dem Weltsicherheitsrat, mit dem sie versuchten, ihren Überfall auf Uganda zu verteidigen, weil sie genau wußten, daß hinter ihnen die amerikanischen Imperialisten und die anderen westlichen imperialistischen Staaten standen. Die amerikanischen Imperialisten hatten schon, bevor die Debatte überhaupt begonnen hatte, erklärt, daß sie jede Verurteilung Israels durch ihr Veto verhindern würden. US-Aussenminister Kissinger beeilte sich ebenfalls zu erklären, daß die USA, um eine Verurteilung Israels zu verhindern, dem Weltsicherheitsrat eine Resolution gegen den „internationalen Terrorismus" vorlegen werde. **Diese Aufgabe übernahmen dann allerdings die westdeutschen Imperialisten, die bei ihrem ersten Auftritt vor dem Weltsicherheitsrat nicht nur die zionistische Aggression gegen Uganda offen billigten, sondern auch für die amerikanischen Imperialisten in die Bresche sprangen und die UNO demagogisch aufforderten, eine Konvention gegen Entführungen auszuarbeiten.**

Es ist ganz klar, daß das Gerede der Imperialisten über den „internationalen Terrorismus" keinen anderen Zweck hat, als die revolutionären Völker wütend anzugreifen, ihnen zu drohen und die entsprechende Stimmung für neue Aggressionen und Überfälle zu schaffen. So erklärte Israels Premier Allon offen, auch in Zukunft außerhalb Israels militärische Operationen durchzuführen. Ihr Ziel ist es, die wachsende Einheit der arabischen und afrikanischen Völker zu spalten, Zwietracht zwischen ihnen zu säen und dabei jedes Mittel auszunutzen. **Der Aufmarsch der 7. amerikanischen Flotte vor Kenia, die Drohungen, die in diesem Zusammenhang von den Imperialisten und ihren Lakaien gegen Uganda ausgestoßen werden, machen die Absichten der Imperialisten klar, in diesem Raum Afrikas einen neuen Spannungsherd zu schaffen und Erpressungen auszuüben, um diese Völker in die Knie zu zwingen und zu unterwerfen.**

Kurz berichtet

DORTMUND

In Dortmund fand im Juli auf Einladung des Zentralkomitees der KPD/ML eine kleine Feier für die Genossen der Partei und der ROTEN GARDE und ihre Ehefrauen statt, die wegen ihres Kampfes für die Revolution ins Gefängnis gesperrt wurden. Genosse Ernst Aust, Vorsitzender der KPD/ML, begrüßte die Gäste mit einer kurzen Ansprache, in der er darauf hinwies, daß es zur Tradition der kommunistischen Partei gehört, den Genossen, die in Haft waren, auf diese Weise die Solidarität und die Achtung der Partei zu zeigen. Den Genossen wurden im Laufe des Abends kleine Geschenke überreicht.

DETMOLD

Am 10.7. führte die ROTE GARDE Detmold zusammen mit der Liga gegen den Imperialismus eine Veranstaltung zum Kampf der Befreiungsbewegungen im südlichen Afrika durch. Zur Veranstaltung kamen rund 30 Freunde und Genossen. Es wurden über 50 DM zur Unterstützung der Befreiungsbewegungen gesammelt.

BREMEN

Auf Initiative der ROTEN GARDE fand am 10.7. das zweite Fußballspiel zwischen Schweiburger Jugendlichen und der ROTEN GARDE in Schweiburg statt. Das erste Spiel war während des Pfingstzeltlagers der ROTEN GARDE verabredet worden.

KASSEL

Vom 1.7. bis zum 7.7. fand in Hemeln an der Weser ein Zeltlager der ROTEN GARDE Kassel statt. An dem Lager nahmen zeitweilig auch einige Genossen der GRF teil.

MÜNSTER

Am 14.7.76 fand in Münster eine Demonstration gegen das drohende Berufsverbot des Münsteraner Professors Sigrist statt, dem unter anderem wegen eines Routhier-Prozesses seine Lehrtätigkeit untersagt werden soll. Aufgerufen hatten das Initiativkomitee gegen das Berufsverbot von Prof. Sigrist, KBW, GRF und die Partei. Eine der Forderungen der rund 150 Teilnehmer war „Freispruch für alle Angeklagten in Routhierprozessen".

BERGSTRASSE

Vor kurzem lud die ROTE GARDE Bergstraße zu einer Veranstaltung mit dem Film „Ernst Thälmann – Sohn seiner Klasse" ein. Die Veranstaltung sollte stattfinden, kurz nachdem die ROTE GARDE auf einer Juso-Veranstaltung in Lorsch aufgetreten war. Offensichtlich sind bei den Jusos und bei der D„K"P auch diejenigen zu suchen, die mit allen Mitteln verhindern wollten, daß die Veranstaltung stattfand:

– Plakate der ROTEN GARDE zu der Filmveranstaltung wurden mit Aufklebern unkenntlich gemacht, die aus einer Fotomontage und einem Auszug aus der faschistischen „Nationalzeitung" bestanden;

– Der Wirt der Gaststätte, in der die Veranstaltung stattfinden sollte, wurde mit anonymen Anrufen unter Druck gesetzt, in denen z.B. gedroht wurde, man werde ihm die Scheiben einwerfen, falls die Veranstaltung stattfinde.

Die Veranstaltung fand allerdings auf Grund der großen Anstrengungen der Genossen, einen neuen Raum zu besorgen, doch statt. Es erschienen rund 40 Freunde und Genossen, darunter auch Vertreter des KBW. Es wurden ungefähr 68 DM für die ROTE GARDE gespendet.

Offen gesagt ...

Lakai Schmidt

Am verächtlichsten ist derjenige, der sich freiwillig zum Diener macht und seinem Herrn devot die Füße küßt.

Als Lakai und eilfertiger Diener des amerikanischen Imperialismus stellte sich Bundeskanzler Schmidt bei seinem jüngsten Besuch in den USA vor. In Begleitung von DGB-Chef Vetter, Monopolkapitalist Schleyer und anderen erlauchten Herren der Crème der westdeutschen Monopolbourgeoisie war er nach Amerika gereist, um den amerikanischen Imperialisten seine Glückwünsche zum 200. Geburtstag der USA darzubringen. Unter dem Beifall seiner Begleiter erklärte er: „Bis zu einem gewissen Grad – so empfinde ich es – sind wir alle Amerikaner geworden. Das trifft auf die Bundesrepublik Deutschland zu, die ihre Existenz zu einem Teil dem Verständnis und der Weitsicht von Männern verdankt, die wir als eine neue Elite amerikanischer ‚Gründungsväter' bezeichnen können."

Diejenigen, die bei der Gründung der Deutschen Bundesrepublik Pate gestanden haben, waren allerdings alles andere als Freunde des deutschen Volkes. Im Gegenteil. Die amerikanischen Imperialisten, die Finanzkapitalisten der Wallstreet, hatten schließlich nicht gegen Hitler gekämpft, um dem deutschen Volk die Freiheit zu bringen, sondern, um sich in den Besitz der deutschen Industrie zu setzen, die Arbeiter unseres Landes auszubeuten und auszuplündern, deutsche Soldaten in einem Krieg gegen die damals noch sozialistische Sowjetunion als Kanonenfutter zu mißbrauchen. Warum hätten die angloamerikanischen Bomber, die Dresden, Dortmund, Köln usw. bombardierten, sonst zwar 60% der Wohnviertel der Städte zerstören und Hunderttausende von Werktätigen umbringen, aber nur 8% aller Industriebetriebe vernichten sollen? An den Zinsen der Kredite des „Gründungsvaters" Marshall verdienten die amerikanischen Imperialisten doppelt und dreifach. Schließlich, als sie sahen, daß sie ganz Deutschland nicht bekommen konnten, spalteten sie unsere Nation und gründeten die Deutsche Bundesrepublik. An die Spitze dieses Staates stellten sie einen ihrer ergebensten Lakaien, Adenauer, und umgaben ihn mit einer Schar alter Nazis und Kriegsverbrecher, um der so gegründeten „Demokratie" auch gleich den richtigen Pfiff zu geben. Schmidt und seinesgleichen, die westdeutsche Monopolbourgeoisie, verdanken ihre Existenz allerdings den amerikanischen Panzern und Dollars.

Der Stiefel der Besatzungstruppen schützt schließlich nicht nur die amerikanischen Großmachtinteressen und Profite in unserem Land, sondern auch die Herrschaft der westdeutschen Monopolkapitalisten. Grund genug also, dankbar zu sein.

Schmidt kann sich, wie er erklärte, ein Leben ohne die „tausend Zeichen amerikanischer Zivilisation nicht vorstellen". Das deutsche Volk kann sich allerdings ein Leben ohne amerikanische Panzer und Atomsprengköpfe, ohne Dollarsegen und General Motors sehr gut vorstellen. **Es ist kein Volk, das Stiefel leckt.** Die sozialistische Revolution im Osten und Westen unseres Landes wird nicht nur der Herrschaft der westdeutschen und ostdeutschen Bourgeoisie ein Ende bereiten, sondern auch die amerikanischen Imperialisten und ihre sozialimperialistischen Rivalen aus unserem Land verjagen.



HERAUSGEBER: ZK DER KPD/ML

Verlag G. Schneider, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Postscheckkonto Dortmund Nr. 236 00 – 465. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 911 (Verlag G. Schneider). Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Renate Bäthies, Hamburg. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise: wöchentlich samstags, mit monatlicher Jugendbeilage „Die Rote Garde". Einzelpreis 50 Pfennig. Abonnement: 30,– DM für 1 Jahr, 15,–/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementsgebühr ist im voraus auf eines unserer o.a. Konten zu überweisen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.

Breschnew und die "Kunst der Verhundertfachung" der eingesetzten Mittel

In einem kürzlich herausgebrachten Sammelband seiner Reden und Berichte hat Breschnew einen nicht unwichtigen Satz aus einer seiner Reden streichen lassen. In dieser Rede, gehalten auf einer Plenartagung des ZK der sowjetrevisionistischen Partei im Dezember 1973, hatte er, als er auf die Arbeit des Sowjetvolkes zu sprechen kam, erklärt: „Wir dürfen keine Mittel scheuen, um den materiellen Ansporn zu verstärken, diese Mittel werden sich hundertfach bezahlt machen". Diese Worte finden sich schwarz auf weiß in dem 1974 erschienenen Buch „Probleme der Landwirtschaftspolitik der KPdSU und die Erschließung von Neuland in Kasachstan". Schlägt man aber den gerade erschienen Sammelband der Reden und Berichte Breschnews mit dem Titel „Über grundlegende Probleme der Wirtschaftspolitik der KPdSU in der gegenwärtigen Etappe" auf, so fällt auf, daß der Satz „diese Mittel werden sich hundertfach bezahlt machen" verschwunden ist.

Es wird sich „hundertfach bezahlt machen" – das ist der typische Jargon der Kapitalisten; er verrät das Wesen der von Breschnew repräsentierten bürokratischen Monopolbourgeoisie. In seinem Werk „Das Kapital" charakterisierte Marx in einer Fußnote anschaulich die Unersättlichkeit der Kapitalisten: „Mit entsprechendem Profit wird Kapital kühn. Zehn Prozent sicher, und man kann es überall anwenden; 20 Prozent, es wird lebhaft; 50 Prozent, positiv waghalsig; für 100 Prozent stampft es alle menschlichen Gesetze unter seinen Fuß; 300 Prozent, und es existiert kein Verbrechen, das es nicht riskiert, selbst auf Gefahr des Galgens."

Wenn die Kapitalisten für 300 Prozent Profit selbst den Kopf riskieren, so werden die sowjetischen Revisionisten natürlich „keine Mittel scheuen", die sich „hundertfach bezahlt machen".

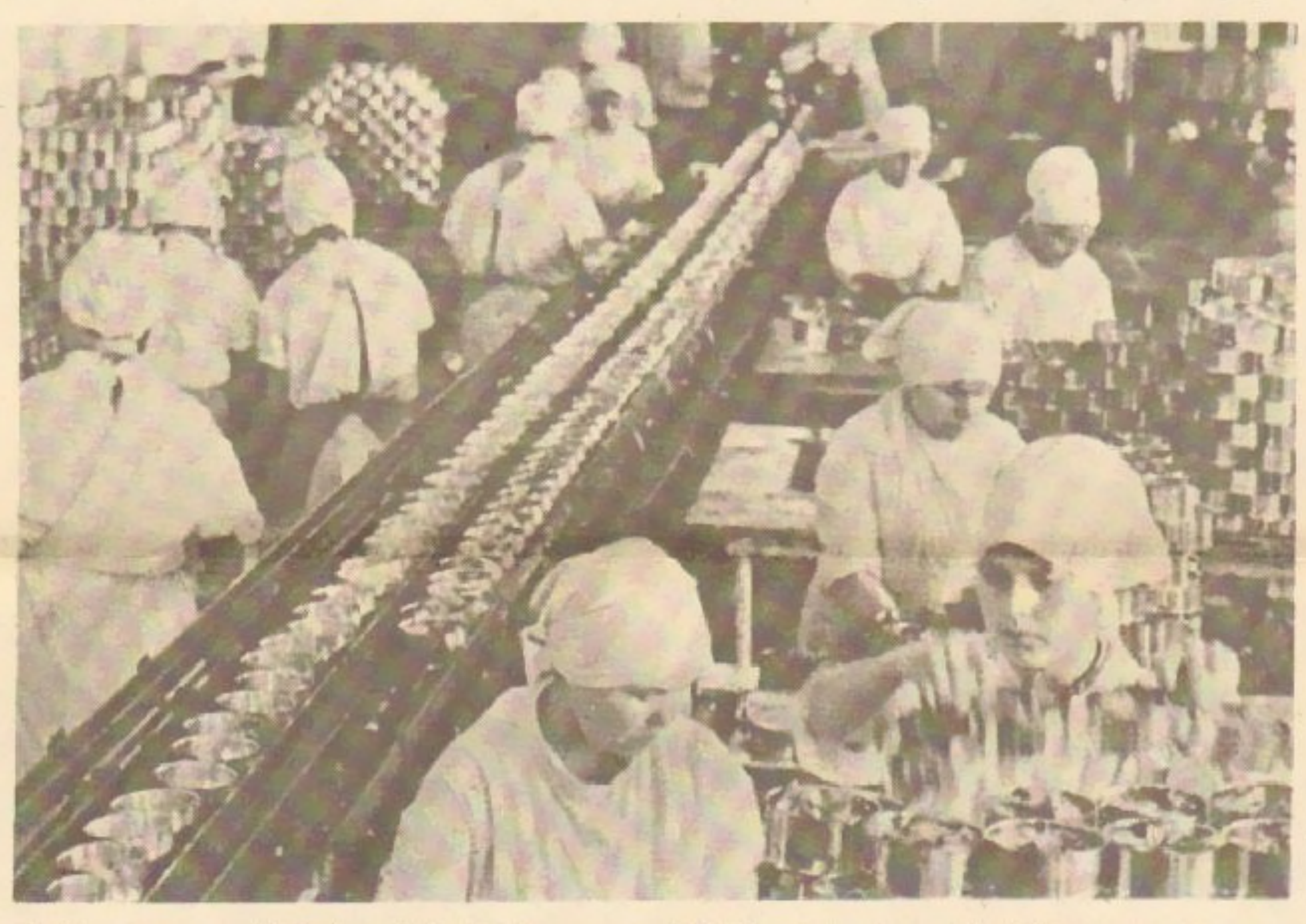
Breschnew glaubte, die heimliche Streichung des Satzes könnte seine Spuren verwischen. Sein plumper Kniff hat ihn erst recht verraten. Je mehr er es zu verbergen sucht, desto mehr entlarvt er sich.

Ausdrücke wie „sich hundertfach bezahlt machen" entspringen der Klassennatur von Breschnew und Co. Sie kommen ihnen wie von selbst und sind zu viele, um sie alle streichen zu können. In der gleichen Rede sagte Breschnew auch: Wir können „jeden Rubel nur dort einsetzen, wo morgen zwei, drei oder sogar zehn Rubel zurückerwirtschaftet werden können. Alle von uns, von den zentralen bis zu den örtlichen Organisationen, müssen die komplizierte Kunst des Geldmachens erlernen. Das ist nichts, dessen man sich zu schämen brauchte". Auch in diesen Bemerkungen, die zu streichen er vergessen hat, spricht er von nichts anderem als den „Mitteln, die sich hundertfach bezahlt machen".

Selbst wenn Breschnew imstande wäre, alle von ihm gesprochenen Sätze auszuradieren, so wird durch keinen einzigen Trick die berüchtigte Meisterschaft, die die sowjetischen Revisionisten bei der Suche nach „Verhundertfachung" ihrer Einsätze an den Tag legen, aus der Welt geschafft.

Im Inland das Maximum an Mehrwert

„Wirtschaftsreform", „wissenschaftliche Arbeitsorganisation", die „Schtschekino-Erfahrung" und die „Zlobin-Methode" und was die Kremlrevisionisten sonst noch alles in der Sowjetunion eingeführt haben, sind nichts weiter als eine Verkörperung jener „Kunst des Geldmachens", die in dem Satz von der „Verhundertfachung" der eingesetzten Mittel zum Ausdruck kommt. Das Aksaisk-Kunststoffwerk wurde von den sowjetrevisionistischen Behörden für seine „Beherrschung der komplizierten Kunst des Geldmachens" als vorbildliches Kollektiv herausgestellt. Die sowjetische Zeitschrift „Kommunist" hält dieses Werk für „vorbildlich", weil „jeder an die Arbeiter als materielle Prämie ausgezahlte Rubel einen Profit von 16 Rubel und 60 Kopeken abwirft". In Wirklichkeit wird selbst dieser Rubel von der Breschnew-Clique nicht gratis zugeteilt. Durch Maßnahmen wie Anhebung der Steuer und Warenpreise wird die Staatskasse wiederaufgefüllt. Die sowjetischen Revisionisten haben bekanntgegeben, daß sie allein im Jahre 1960 5,6 Milliarden Rubel an Steuer kassiert haben. 1976 soll die Steuersumme eine Höhe von 19,6 Milliarden Rubel erreichen. Das ist eine Steigerung um das 2,5 fache. Nach den offensichtlich stark geschönten Angaben des „Statistischen Jahrbuchs der sowjetischen Volkswirtschaft" kletterten von 1960 bis 1974 die Preise von Fleisch und Geflügel in den staatlichen Geschäften um 29 Prozent,



Ausbeutung sowjetischer Arbeiterinnen am Fließband in einer Fischfabrik im Chanty-Mansi-Gebiet

der Preis von Kartoffeln um 14 Prozent. Außerdem mußte „Kommunist" zugeben, daß manche Unternehmen unter den verschiedensten Vorwänden die Preise von Waren minderer Qualität hinaufsetzen. Wie geschickt die neuen sowjetischen Bourgeois „in den zentralen und örtlichen Organisationen" mit Breschnews „komplizierter Kunst des Geldmachens" umzugehen verstehen! Nennen wir das Kind beim rechten Namen! Die „Kunst des Geldmachens" und die „Verhundertfachung" des Einsatzes ist nichts anderes als die von Marx in seinen „Theorien über den Mehrwert" beschriebene Kunst, **„mit dem Minimum von vorgeschoßnem Kapital ein Maximum von Surpluswert . . . zu erzeugen"**.

Die „Kunst des Geldmachens" im Ausland

Breschnew und seinesgleichen beherrschen diese „komplizierte Kunst des Geldmachens" nicht nur im Inland, sondern auch im Ausland. Die von ihnen gerühmte, „selbstlose Hilfe" ist ein anschauliches Beispiel der „Verhundertfachung" der eingesetzten Mittel.

Lenin wies in seinem Werk „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus", als er vom Kapitalexport des deutschen Imperialismus sprach, darauf hin, daß das Finanzkapital **„dem Ochsen das Fell zweimal über die Ohren zieht; einmal durch die Profite aus der Anleihe und dann durch die Profite aus *derselben* Anleihe, sobald sie zum Ankauf der Kruppschen Erzeugnisse oder der Eisenbahnmaterialien des Stahlsyndikats usw. verwendet wird"**. Die Breschnew-Clique ist noch einen Schritt weiter gegangen. Sie zwingt die „Empfängerländer", Anleihen durch den Verkauf von deren eigenen Produkten zu billigen Exportpreisen zurückzuzahlen. Durch diese und ähnliche Praktiken zieht sie dem Ochsen einige Male mehr das Fell über die Ohren. Nach Schätzungen der indischen Zeitung „Economic Times" wird die Sowjetunion mit Hilfe der verschiedensten Ausbeutungsmethoden zum Zeitpunkt der vollständigen Schuldenrückzahlung 565,7 Prozent ihrer Anleihen an Indien zurückerhalten haben. Das heißt mit anderen Worten, die Sowjetunion erhält für jeden an Indien geliehenen Rubel am Ende 5,5 Rubel zurück.

Wie schön hörte es sich an, als die Breschnew-Clique seinerzeit Ägypten „Hilfe" gewährte. Von „Internationalismus", „selbstloser Hilfe" und ähnlichem mehr wurde gesprochen. Es dauerte jedoch nicht lange, da ging Breschnew daran, die gewährte Hilfe sich „hundertfach bezahlt machen" zu lassen: Von Ägypten wurden hohe Zinsen, billige Rohstoffe, Militärstützpunkte, Kontrolle der ägyptischen Truppen und sogar die Aufgabe der Souveränität verlangt. Leistete das ägyptische Volk auch nur den leisesten Widerstand, wurde es von der Breschnew-Clique durch die verschiedensten Manöver zur sofortigen Rückzahlung der Schulden gedrängt. Das Beispiel Ägyptens veranschaulicht, was für ein Plunder Breschnews „selbstlose Hilfe" ist!

Die sowjetische Zeitschrift „Weltwirtschaft und internationale Beziehungen" erklärte: Anleihen an andere Länder „bieten nicht nur die Möglichkeit, Vorteile zu erreichen, sondern auch das Recht dazu". „Jeder Verlust, der der Volkswirtschaft durch die Gewährung solcher Anleihen entsteht", hieß es weiter, „kann wettgemacht oder sogar mehr als wettgemacht werden durch die Importersparnisse aus den Schuldnerländern". Dieses „mehr als wettgemacht" bedeutet eben, mehr Geld zurückzuerhalten. Diese Zeitschrift hat damit gewissermassen angedeutet, daß die sogenannte „selbstlose Hilfe" ein Teil der „Kunst des Geldmachens ist.

Sich für jeden bezahlten Rubel einige Rubel oder gar hundert Rubel zurückzuholen, das ist ein Glaubensartikel des sowjetischen Sozialimperialismus und der sowjetischen bürokratischen Monopolbourgeoisie. Sie werden ihm weder im Inland noch im Ausland jemals zuwiderhandeln.

(aus: Peking Rundschau 25/76, S. 19 u. 22)

Spendet zur Unterstützung des Aufbaus der KPD/ML SEKTION DDR auf das Spendenkonto des Vorstands der KPD/ML Stadtsparkasse Dortmund Kto.: 321 004 - 547 Stichwort KPD/ML Sektion DDR

"Protokoll einer Sitzung"

Theater im Dienst der neuen Bourgeoisie

In der Sowjetunion und den anderen revisionistischen Ländern steht die Kunst im Dienst der Herrschaft der neuen Bourgeoisie über die Arbeiterklasse und die anderen Werktätigen. Ein Beispiel dafür ist das Theaterstück „Protokoll einer Sitzung" des russischen Autors Gelman. Das Stück wurde im letzten Jahr in Leningrad uraufgeführt und hat seitdem eine ungewöhnlich steile Karriere hinter sich. Zu Ehren des 25. Parteitags der „K"PdSU setzten es 200 Theater auf ihren Spielplan und während des Parteitages selbst wurde es sogar von Breschnew lobend hervorgehoben. Auch in der DDR wird es bereits von acht Theatern aufgeführt.

Die Begeisterung der modernen Revisionisten über das „Protokoll einer Sitzung" hat allerdings ihre guten Gründe. Worum geht es? Das Stück beschreibt eine außerordentliche Sitzung der Parteileitung eines Baukombinats. Die Sitzung wird einberufen, weil eine Brigade des Kombinats die Annahme einer Prämie mit der Begründung verweigert hat, die Arbeitsproduktivität des Kombinats sei zu niedrig (die Prämie also nicht verdient) und die für die Prämienzahlung zu Grunde gelegten Kennziffern seien gefälscht. Held des Stückes ist der Brigadier Potapow, der den Standpunkt seiner Brigade auf der Sitzung vertritt. Als er aber während der Sitzung erfährt, daß ein Teil seiner Brigade nun doch die Prämie angenommen hat, gibt er seinen „Kampf" auf und verläßt die Sitzung. Aber da tritt der Parteisekretär des Kombinats in Aktion und stellt sich hinter Potapow und auch der Direktor, der für die gefälschten Zahlen verantwortlich ist, sieht sein Unrecht ein und alle gemeinsam fassen den Beschluß, die gefälschten Planziffern zu korrigieren, die Arbeitsproduktivität zu erhöhen, und, wie es Potapow verlangt hatte, die Prämie zu streichen.

Die Fälschung der Plankennziffern durch die Direktoren der revisionistischen Betriebe, um sich zu bereichern, ist sowohl in der Sowjetunion wie in der DDR eine weitverbreitete Erscheinung. Sie hängt untrennbar mit der Wiederherstellung des Kapitalismus in diesen Ländern zusammen, sie ist untrennbarer Bestandteil der Ausbeutung der russischen und ostdeutschen Arbeiter durch die neue Bourgeoisie. Es ist ganz klar, daß sich über solche Methoden viele Arbeiter empören, ebenso wie über den Lebensstil, die Arroganz und Verkommenheit der revisionistischen Funktionäre, Direktoren und Bonzen. Daran knüpft der revisionistische Schreiberling Gelman an und stellt sich scheinbar hinter die Arbeiter, aber nur um an sie den Appell zu richten, noch mehr und noch härter für die neue Bourgeoisie zu arbeiten, die „Arbeitsproduktivität zu erhöhen". Glaubt man Gelman, so könnten angeblich alle Probleme, die mit der Ausbeutung der Arbeiter durch die neue Bourgeoisie zusammenhängen, im Gespräch, im „Dialog" zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten gelöst werden. Die Arbeiterklasse in der Sowjetunion, in der DDR, in Polen usw., deren Unzufriedenheit und Empörung über die kapitalistischen Ausbeuter, die ihnen im Nacken sitzen, auf den Weg der Klassenzusammenarbeit zu lenken – das ist die Aufgabe, die Gelman mit seinem Theaterstück erfüllt. Potapow, den die revisionistische Presse als Sinnbild des „neuen Menschen" hinstellt, ist in Wirklichkeit eine Mißgeburt, ein Wunschbild der neuen Bourgeoisie über den Arbeiter, ein Mensch, der nicht für die tatsächlichen Interessen seiner Klasse, sondern für die Interessen der Ausbeuter, der neuen Bourgeoisie eintritt.

Für die Interessen der Arbeiterklasse in den revisionistischen Ländern eintreten, heißt, gegen die Erhöhung der Arbeitsproduktivität, gegen die kapitalistische Ausbeutung und Ausplünderung zu kämpfen, heißt, in den Direktoren der revisionistischen Betriebe den Klassenfeind zu erkennen und zu bekämpfen. Die Arbeiterklasse der Sowjetunion ebenso wie die in der DDR kann sich nur durch eine erneute sozialistische Revolution und die Wiedererrichtung der Diktatur des Proletariats befreien.

Polen

Gierek will Fleischpreise erneut um 35 Prozent erhöhen

Die polnische neue Bourgeoisie will noch in diesem Jahr die Preise für Fleisch- und Wurstwaren um durchschnittlich 35% erhöhen. Das hat das Politbüro der revisionistischen „Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei" jetzt in Warschau bekanntgegeben.

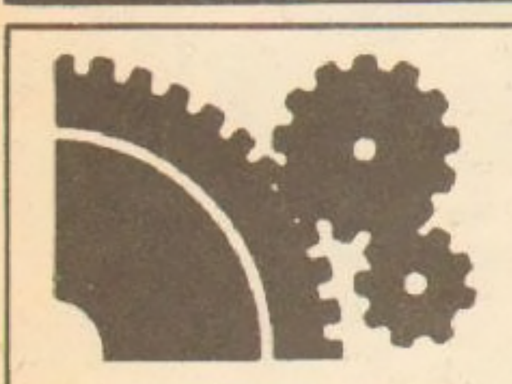
Die Gierek-Clique, die gerade eben erst einen schmählichen Rückzug vor dem Kampf der polnischen Arbeiterklasse antreten mußte, will sich jetzt offenbar scheibchenweise das holen, was sie auf einmal nicht bekommen konnte. Als Jaroszewicz vor drei Wochen auf dem Bildschirm erschien und bekanntgab, daß die Preiserhöhungen, gegen die die polnische Arbeiterklasse in den Kampf getreten war, zurückgenommen werden, hatten die polnischen Arbeiter einen Sieg errungen. Aber schon damals war klar, daß Gierek und seine Leute niemals daran gedacht hatten, ihren Raubzug auf die Taschen der polnischen Werktätigen aufzugeben. Für sie ging es darum, Zeit zu gewinnen. Schon unmittelbar, nachdem die Preiserhöhungen vorläufig zurückgenommen worden waren, erklärte „Tribuna Ludu", Zentralorgan der revisionistischen Partei, ohne Preiserhöhungen könne die polnische Wirtschaft nicht existieren. Das ist natürlich nichts weiter als Betrug und soll die polnische Arbeiterklasse von der Notwendigkeit der Klassenzusammenarbeit mit der neuen polnischen Bourgeoisie überzeugen. In Wirklichkeit ist die Inflation in jedem kapitalistischen Land gang und gäbe. Die neue polnische Bourgeoisie kann ohne die Politik der Ausplünderung der Werktätigen nicht existieren – das steckt hinter den Erklärungen der Revisionisten.

Die revisionistische Gierek-Clique will die neuen Preiserhöhungen mit der Politik von Zuckerbrot und Peitsche durchsetzen. Landauf, landab sind die revisionistischen Führer in der letzten Zeit durch die Betriebe Polens gereist, haben vom „Dialog" und von „Diskussion" geredet.

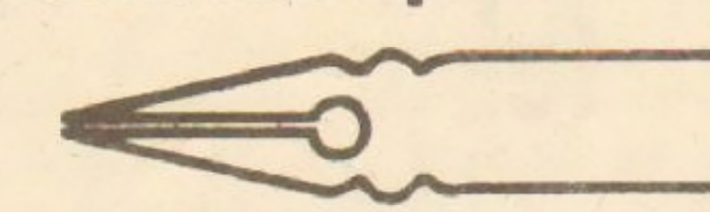
Aber zur selben Zeit, als die neuen Preiserhöhungen verkündet wurden, standen in Warschau sieben Arbeiter des Traktorenwerkes von Ursus vor einem Gericht der Sozialfaschisten, weil sie an der Spitze des Kampfes der Arbeiter dieses Werkes gegen die Preiserhöhungen gestanden hatten. Sie haben mit hohen Strafen zu rechnen.

„Die Gierek-Clique", hieß es deshalb in einem Aufruf des ZK der illegalen KP Polens, „wird nicht freiwillig die Macht abgeben und ihre bürgerliche Politik nicht ändern. Morgen wird sie mit einem neuen arbeiterfeindlichen Projekt antreten... Unter diesen Bedingungen müssen die Bitten Giereks in Szeczin: ‚Helft uns!' mit ‚**Macht, daß ihr fortkommt!**' beantwortet werden."

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT



Arbeiterkorrespondenzen



Adresse der Redaktion des ROTEN MORGEN:
46 Dortmund 30, Wellinghofer Straße 103, Postfach 30 05 26

Lehrlinge sollten ausgehorcht werden, aber - "Wir denunzieren doch keinen von uns"

Liebe Genossen!

In der Spezialmaschinenfabrik K. Ehemann, Delmenhorst, wurden am Freitag, 9. Juli, die Lehrlinge aus dem 1. Jahr von dem reaktionären Lehrlingsmeister Held zusammengerufen. Er wollte die Lehrlinge nämlich über den kommunistischen Lehrling Burkhardt aushorchen. Zwei Kollegen mußten dann zur Personalchefin Helmers, die anderen Lehrlinge sollen nach dem Betriebsurlaub, also ab 1. August, weiter verhört werden.

Vor allem wollen sie zu vier Punkten „Beweise" sammeln: 1. Wie hat B. die Kollegen gegen die Betriebsleitung aufgestichelt? 2. Wer kann beweisen, daß B. Zeitungen der KPD/ML und der ROTEN GARDE im Waschraum und auf der Toilette ausgelegt hat? 3. Hat B., wenn der Meister nicht da war, politische Agitation und Propaganda gemacht und so die Kollegen von der Arbeit abgehalten? 4. Ob jemand beweisen kann, daß B. in der Berufsschule während des Unterrichts kommunistische Zeitungen verteilt hat? Dann gingen sie auf weitere Einzelheiten ein, z.B. was B. an bestimmten Tagen bei bestimmten Arbeiten mit ihnen besprochen hat!

Doch die Kollegen waren wachsam: „Der Meister wollte was über Burkhardts politische Betätigung wissen, aber wir denunzieren doch keinen von uns, mit dem wir uns gut verstehen. Also – wir wußten so gut wie nichts. Wir lassen uns doch nicht von denen drohen, die würden dann ganz schön was von uns erleben!" Ein anderer Kollege meinte: „Unter uns kann man ja erzählen, daß die uns ausbeuten, aber wenn die da oben das erfahren, dann fliegt man heraus!"

Diese Untersuchungsmethoden, die Tatsache, daß die Kollegen schon seit längerer Zeit bespitzelt werden, all dies zeigt deutlich den Gesinnungsterror der herrschenden Klasse. Dieser faschistische Geist ist vielen älteren Kollegen noch gut aus der Nazizeit in Erinnerung; unsere Klassenbrüder in der DDR, das russische Volk usw. bekommen dies tagtäglich zu spüren.

Dem Burkhardt haben sie jetzt eine Entlassungsandrohung geschickt, wo von alledem nichts drin steht. Da heißt es: hohe Ausfallzeiten, häufiges Verspäten, sehr mangelhafte Ausbildungsleistung. Von politischer Gesinnung keine Spur. Aber die Tatsachen sprechen klare Worte: Die Herren wollen Burkhardt so schnell wie möglich rausschmeißen, weil er Kommunist ist.

Müssen sie denn soviel Angst haben?

Jawohl, die Herren müssen vor der Arbeiterklasse Angst haben, denn sie beuten uns aus, unterdrücken uns, sind verantwortlich für Krisen und Arbeitslosigkeit, für die unzähligen Arbeitsunfälle mit tödlichem Ausgang, für die imperialistischen Kriege, die schon vielen Menschen das Leben gekostet haben. Das deutsche Volk ist kein Volk, das Stiefel leckt. Eines Tages wird es sich erheben, im Osten und im Westen die Kapitalisten und ihren Staat durch die sozialistische Revolution stürzen und die Amis und Russen aus unserem Land verjagen! Wir kämpfen für ein rotes Deutschland, in dem wie in China die Arbeiter und Bauern die Macht fest in den Händen halten: für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland!

Auch bei Ehemann gibt es Klassenkampf. Schon lange, bevor Burkhardt im Betrieb war. Nicht umsonst ist der Betrieb militärisch organisiert: Viele Vorarbeiter waren lange Zeit bei der Bundeswehr, z.B. der reaktionäre Meister Held war 12 Jahre dort. Sie haben dort gelernt, die Menschen zu unterdrücken. Oder der faschistische Meister Roes, der schon viele Kollegen rausgeschmissen und rausgeekelt hat. Nicht umsonst stellt Ehemann besonders viele ältere Kollegen ein, von denen er glaubt, sie würden am wenigsten streiken. Denn für sie ist es in ihrem Alter besonders schlecht, neue Arbeit zu finden.

Nicht umsonst verhängt Ehemann Kopfprämien, die er denen bezahlt, die Arbeitskollegen denunzieren. Nicht umsonst werden die so mies bezahlten Lehrlinge, die mit 40 Mann mehr als ein Drittel der arbeitenden Kollegen ausmachen, von so reaktionären Meistern wie Held und Roes tagtäglich angeschrien und fertiggemacht.

Wenn du alleine im Betrieb aufmuckst, davor haben sie keine Angst. Aber wenn mehrere den Kapitalisten und ihren Handlangern entschlossen gegenüberstehn, dann versuchen sie den Unruheherd ausfindig zu machen, dann geraten sie in Panik! Schon öfter haben sie in letzter Zeit Widerstand entgegengesetzt bekommen, spontanen und bewußten. Sie haben Angst, daß wir uns zusammenschließen, alte und junge Kollegen, daß wir gemeinsam gegen schlechte Ausbildung, Lohnraub, Ausbeutung und Unterdrückung kämpfen werden.

Wenn im August die neuen zwanzig Lehrlinge kommen, dann wollen sie Burkhardt wohl rausschmeißen. So sollen sie sozusagen als Antrittsgeschenk merken, wie der Karren laufen soll. Natürlich sollen auch die anderen Kollegen eingeschüchtert werden.

Jetzt gilt es, die Reihen fest zu schließen, die Wahrheit unter den Kollegen und vielen anderen Menschen zu verbreiten, Unterschriften gegen die Entlassung zu sammeln, im Betrieb eine Jugendversammlung fordern, in der Berufsschule, und wo es sonst nur geht, über die geplante Entlassung und über den Gesinnungsterror diskutieren. Wir müssen die Sache selbst in die Hände nehmen! Auf den Gewerkschaftsapparat können wir uns nicht stützen. Ein DGB-Bonze meinte: „IG Metall kann ja mit Herrn Ehemann sprechen. Oder – man wartet die Entlassung einfach ab. Dann kann man ja immer noch vor ein Lehrlingsstreitgericht. Auf gar keinen Fall was auf eigene Faust unternehmen!" Auf den Terror der Bourgeoisie nicht antworten? Diese Arbeiterverräter! Die Arbeiterklasse hat eine sehr gute Waffe, und das ist die Waffe der Solidarität! Nur wenn wir entschlossen zusammenstehn, auf der eigenen Kräfte vertrauend, können wir die Entlassung verhindern!

Rot Front!
Ein Genosse

Der Kollege war gezwungen, sein Haus wieder zu verkaufen

Liebe Genossen!

Ich möchte Euch vom Beispiel eines Kollegen berichten, das zeigt, wie unsicher das bißchen Wohlstand ist, für das ein Arbeiter bei uns sich krumm schuften muß.

Ein Kollege von Klöckner hatte sich ein Haus gekauft, um endlich aus der Mietwohnung herauszukommen. Die Finanzierung mußte er durch hohe monatliche Raten aufbringen. Seine Frau arbeitete mit und er schob fleißig Überstunden. Dann kam ein Baby und seine Frau mußte aufhören zu arbeiten. Im vergangenen Jahr führten die Klöckner-Kapitalisten Kurzarbeit ein. Aus war es mit den Überstunden. Selbst der normale Lohn war nicht mehr drin. Der Kollege war gezwungen, das Haus wieder zu verkaufen. Mit 30 000 DM Verlust. Jetzt muß er wieder in der alten Mietwohnung wohnen.

Rot Front, ein Genosse aus Bremen

38. Sitzung der konzertierten Aktion

"Aufschwung" auf dem Rücken der Arbeiter

Alle Teilnehmer an der 38. Sitzung der „Konzertierten Aktion", die vor kurzem über die Bühne ging, sangen gemeinsam das Loblied vom wirtschaftlichen Aufschwung, der jetzt nicht mehr geleugnet werden könne. Die bürgerliche Presse hob hervor, daß das Treffen in „bemerkenswerter Harmonie" verlaufen sei.

Wirtschaftlicher Aufschwung? Nach wie vor sind nach der bürgerlichen Statistik 920 000 Menschen arbeitslos. In Wirklichkeit sind es sogar über eine Million Kollegen, denn diejenigen, die keine Unterstützung vom Arbeitsamt mehr erhalten oder die noch nie eine erhalten haben (z.B. Schulabgänger), sind in der offiziellen Statistik nicht berücksichtigt. Diese Sitzung der „Konzertierten Aktion" machte sehr deutlich, was die Vertreter der Regierung, der Kapitalistenverbände und des DGB-Apparates unter „Aufschwung" oder „Stabilisierung der Wirtschaft" verstehen. Keineswegs verstehen sie darunter, daß die Not und das Elend, die Angst und Ungewißheit beseitigt werden, die die wirtschaftliche Krise des kapitalistischen Systems Millionen Menschen aufgebürdet hat. Das Schicksal dieser Menschen interessiert diese Herren überhaupt nicht. Wenn sie von „Aufschwung" oder „Stabilität" reden, dann meinen sie im Grunde einzig und allein die „Stabilität" und den „Aufschwung" der Profite des Monopolkapitals. Oder was soll man davon halten, wenn Wirtschaftsminister Friderichs z. B. davon sprach, daß „Arbeitsplatzinvestitionen und Ausbildungsmöglichkeiten bereits in ausreichendem Maße gesichert sind"? Oder wenn Arbeitsminister Arendt tönte: „Wir werden auf diesem Wege fortschreiten und auch möglicherweise nach dem Konjunkturaufschwung verbleibende Restarbeitslosigkeit in den Griff bekommen."?

Die „Konzertierte Aktion" dient ja unter anderem dazu, den Schein zu erzeugen, als würde der Staat bzw. die Regierung als „neutraler Vermittler" zwischen den beiden „Konfliktparteien" Arbeit und Kapital wirken. Solche Äußerungen aber zeigen zu deutlich, wie „neutral" die Regierungsvertreter tatsächlich sind. Sie zeigen ihren grenzenlosen Zynismus und ihre bodenlose Verachtung gegenüber der werktätigen Bevölkerung. Noch offener wurde vor kurzem diese Haltung vom Arbeits- und Sozialminister des Landes NRW, Farthmann, zum Ausdruck gebracht, als er in einem Interview in der WAZ erklärte, die arbeitslosen Jugendlichen, die es heute noch gäbe, seien „der harte Kern", der sich aus arbeitsscheuen Elementen rekrutiere.

Was die Profite der Monopole betrifft, so ist es allerdings sehr berechtigt, hier von einem „Aufschwung" zu sprechen. Aber wie wurde dieser „Aufschwung" erreicht? Mit Hilfe von Milliardensubventionen, die der Staat den Monopolen unter dem Vorwand der „Arbeitsplatzsicherung" in den Rachen warf, wurden die Betriebe durchrationalisiert, wurden Arbeitsplätze „eingespart". Die Arbeitshetze wurde brutal verschärft. Ausländische Kollegen, die bisher die schwerste und dreckigste Arbeit machen mußten, wurden zu Hunderttausenden aus dem Land gejagt. In faschistischen Ländern wie Spanien, Brasilien usw., sogenannten Billiglohnländern, wo Streiks verboten und blutig unterdrückt werden, wurden verstärkt Zweigwerke errichtet, aus denen Superprofite herausgezogen werden. Nicht zuletzt „stabilisierten" die Kapitalisten ihre Profitsteigerungen durch niedrige Tarifabschlüsse, Abbau außertariflicher Leistungen usw. Der „Aufschwung", den die Herren jetzt so bejubeln, ist gerade das Ergebnis der Verschlechterung der Lebenslage der Arbeiter und kleinen Angestellten.

Ohne die Unterstützung des DGB-Bonzenapparates hätten allerdings die Kapitalisten diese Maßnahmen gegen die Arbeiterklasse nicht durchführen und ihren Widerstand dagegen niederhalten können. Deshalb hat Schleyer, der berüchtigte Häuptling des BDA (Bundesverband der Deutschen Arbeitgeber), den DGB-Bonzen warmes Lob gezollt, als er im Rahmen der Sitzung der „Konzertierten Aktion" sagte: „Die Tarifabschlüsse dieses Jahres stellen – bis auf eine Ausnahme – zweifellos einen wichtigen Beitrag zur wirtschaftlichen Stabilisierung dar." Vetter muß allerdings auch darauf bedacht sein, seine Glaubwürdigkeit als „Vertreter der Arbeiterinteressen" nicht gänzlich zu verlieren. Deshalb heuchelte er, im Gegensatz zu Friderichs, Schleyer und Co., „Besorgnis" darüber, daß „trotz des Aufschwungs" die Arbeitslosigkeit so hoch bleibe und forderte, daß Maßnahmen zur „Überwindung der Arbeitslosigkeit" ergriffen werden sollen. Dabei geht es ihm natürlich ebenfalls nur darum, die werktätigen Massen für dumm zu verkaufen und sie vom Kampf gegen die wirkliche Ursache der Arbeitslosigkeit, die kapitalistische Ausbeuterordnung, abzuhalten.

Die „Konzertierte Aktion" ist nichts anderes, als ein gemeinsames Manöver der Regierung, der Kapitalistenverbände und des DGB-Apparates, um die Arbeiter zu betrügen. Sie soll dazu beitragen, die schwindenden Illusionen über ein angebliches „gemeinsames Grundinteresse" zwischen Lohnarbeit und Kapital aufrechtzuerhalten. Aber das Leben hämmert der Arbeiterklasse tagtäglich die Notwendigkeit ein, sich zum revolutionären Klassenkampf gegen das Kapital, den bürgerlichen Staat und alle Verräter in den eigenen Reihen zu erheben.

Stahltypische Zuschläge

DGB-Bonzen bereiten neuen Lohnraub vor

Am 16. Juli begannen zwischen den IGM-Bonzen und den Vertretern der Eisen- und Stahlmonopole die Tarifverhandlungen über die stahltypischen Zuschläge. Es handelt sich konkret um die Zuschläge für Spät-, Nacht-, Samstags- und Feiertagsarbeit. Aufgrund der besonderen Schichtensysteme in der eisen- und stahlerzeugenden Industrie, die durch Besonderheiten der Produktion bedingt sind (die Hochöfen und Konverter können am Wochenende oder bei Nacht nicht einfach außer Betrieb gesetzt werden), spielen diese Schichtzulagen hier eine besonders wichtige Rolle. Die meisten Stahlarbeiter müssen im Rythmus von jeweils sieben Arbeitstagen nacheinander Wechselschicht machen. Das bedeutet: jeweils sieben Tage Nacht-, Spät- und Frühschicht und dazwischen dann zwischen anderthalb und drei Tage frei. Man nennt dieses Schichtsystem „Contischicht".

Die Conti-Schicht bedeutet naturgemäß eine besondere gesundheitliche Belastung und einen intensiven Verschleiß an Kräften. Zudem sind die Arbeitsbedingungen in der Eisen- und Stahlproduktion teilweise sehr hart, insbesondere in den Heißbetrieben. Die Conti-Schicht ist außerdem infolge der Siebentagewoche und durch die Tatsache, daß man an den meisten Wochenenden und Feiertagen im Betrieb steht, mit bestimmten Nachteilen für das Familienleben und die Möglichkeiten der Entspannung in der Freizeit verbunden.

Die Bestimmungen über die stahltypischen Zuschläge, die gegenwärtig als Bestandteil des Manteltarifvertrags in Kraft sind, beinhalten unter anderem folgende Schichtzulagen: für Spätarbeit (14 bis 22 Uhr) 12,5%, für Nachtarbeit (22 bis 6 Uhr) 20%, für Samstagsarbeit 50%, für Sonntagsarbeit 70%. Die meisten Stahlarbeiter dürften mit ihrem Nettoverdienst z.Z. bei ungefähr 1 400 DM liegen. Davon entfallen dann etwa 400 DM auf die Schichtzulagen. Von den stahltypischen Zuschlägen gehen keine Sozialabgaben ab und sie sind steuerfrei.

Schon seit langem haben die Stahlarbeiter die gerechte Forderung nach einer drastischen Erhöhung der Schichtzulagen, insbesondere die Forderung nach einer Erhöhung der Nachtschichtzulage von 20 auf 50% erhoben. Eine kräftige Erhöhung der Nachtschichtzulage fiele dabei im Verhältnis zu den anderen Zulagen am stärksten ins Gewicht, denn sie betrifft pro Schicht volle acht Stunden und das pro Monat siebenmal bei Conti-Schicht. Die Durchsetzung der Forderung nach Erhöhung der Nachtschichtzulage von 20 auf 50% würde bedeuten, daß der Conti Schichtler pro Monat 140 DM mehr ausbezahlt bekommt. Das ist bei weitem mehr, als z.B. das, was der 5%-Lohnraubabschluß von der letzten Stahltarifrunde gebracht hat, nämlich nicht viel mehr als 50 DM netto mehr im Monat.

Eigentlich hätten die Tarife für die stahltypischen Zuschläge, die jetzt bereits seit zweieinhalb Jahren gelten, schon zum 31. Januar dieses Jahres gekündigt werden sollen. Aber bei der letzten Tarifrunde im Herbst letzten Jahres hatten die IGM-Bonzen den Stahlkumpels nicht nur den schändlichen 5%-Abschluß aufgezwungen; darüber hinaus hatten sie auch noch vereinbart, daß die Laufzeit der Tarife für die stahltypischen Zuschläge bis zum 31. Oktober 1976, also um volle 9 Monate (!) verlängert wird. Das war ein übler Lohnraub, den die Bonzen damals genau wie den niedrigen Tarifabschluß mit dem reaktionären Argument von der „Notwendigkeit konjunkturgerechter Lohnforderungen" zu rechtfertigen versuchten.

Die Stahlarbeiter müssen einen entschlossenen Kampf für eine angemessene Erhöhung der stahltypischen Zuschläge führen. Sie müssen dabei gegenüber den hinterhältigen Manövern des IGM-Bonzenapparates wachsam sein, denn Loderer und Konsorten haben die Verhandlungen zu Punkten, die den Manteltarifvertrag betreffen (wie dies auch bei den stahltypischen Zuschlägen der Fall ist) immer schon ausgenutzt, um diese gegen die normalen Lohnforderungen auszuspielen. Es ist auch ein hinterhältiger Schachzug, daß die Verhandlungen schon jetzt beginnen, obwohl doch die Kündigung gemäß den Vereinbarungen mit Gesamtmetall frühestens für den 31. Oktober erfolgen kann. Damit wollen die Bonzen im Bedarfsfall diese Verhandlungen ausnutzen, um spontane Unruhe und Kämpfe für Lohnerhöhungen wieder zu kanalisieren und an den Gewerkschaftsapparat zu binden. Daß die Bonzen bis jetzt noch keinerlei Forderungen in die Diskussion gebracht haben, sondern sich diesbezüglich in Schweigen hüllten und daß sie die ganze Frage überhaupt bis jetzt kaum in der Gewerkschaftspresse aufgegriffen haben, zeigt, daß sie sich alle Möglichkeiten des Tricksens und Manövrierens gegenüber den Arbeitern sichern wollen. Ein weiterer Punkt ist der, daß sie die Tatsache, daß nur ein Teil der Stahlkollegen von den stahltypischen Zuschlägen direkt betroffen ist (30% der Beschäftigten) sicherlich für Spaltungsmanöver auszunutzen versuchen. Es ist deshalb eine Notwendigkeit, daß die Stahlarbeiter im Vertrauen auf die eigene Kraft den Kampf für ihre Lohnforderungen führen und sich nicht nur gegen die Kapitalisten, sondern auch gegen den Bonzenapparat der IGM zusammenschließen.

Vertrauensleutewahlen 1976

Ein Erfolg für die roten Kandidaten

Fortsetzung von Seite 1

trauensleutewahlen dazu auf, Kandidaten der D„K"P nicht zu wählen und den modernen Revisionismus zu bekämpfen.

Mit Parolen wie „Wir sind die Träger gewerkschaftlicher Kraft" versuchte der DGB-Apparat seine wahren Absichten zu verbergen und jubelte gemeinsam mit den Revisionisten die Wahl als Akt „gewerkschaftlicher Demokratie" hoch.

„Freie Wahlen" gab es hier allerdings genauso wenig, wie z.B. bei den Wahlen zum Bundestag. Der DGB-Apparat ist eine Agentur der Kapitalisten in der Arbeiterbewegung, er dient den Kapitalisten dazu, die Arbeiterklasse zu unterdrücken und zu spalten. Er ist nicht nur mit Tausenden von Fäden mit dem Finanzkapital und dem Staatsapparat verbunden, er betätigt sich sogar selbst als Finanzkapitalist, als Ausbeuter der Arbeiterklasse. Zu glauben, innerhalb dieses Apparates könnten „freie Wahlen" möglich sein, ist nichts als ein leerer Wahn. Das zeigte sich bei den Vertrauensleutewahlen am klarsten da, wo die Kollegen die Wahl wirklich ausnutzten, um ihre gewerkschaftliche Kraft, ihre klassenkämpferische Einheit zu stärken, besonders da, wo sie revolutionäre Kollegen und Genossen unserer Partei zur Kandidatur vorschlugen. Hier ließen die DGB-Bonzen sehr schnell ihre demokratische Maske fallen und setzten alle Mittel ein, um die Wahl revolutionärer Vertrauensleute zu verhindern.

Die Losungen der Partei

Unsere Partei hatte zur Vertrauensleutewahl die Losung ausgegeben: **„Kämpft für revolutionäre Vertrauensleute! Nieder mit dem reaktionären DGB-Apparat! Unterstützt den Aufbau der Revolutionären Gewerkschaftsopposition (RGO)!"** Wir verfolgten mit der Wahl also nicht das Ziel, daß um jeden Preis möglichst viele Genossen gewählt wurden, sondern der Kampf für revolutionäre Vertrauensleute sollte ein Schritt sein, möglichst viele Kollegen bewußt zum Kampf gegen den DGB-Apparat zusammenzuschließen, um die revolutionäre Einheit der Arbeiterklasse auszubauen und Fortschritte beim Aufbau der RGO zu erzielen. Da klar war, daß die Bonzen versuchen würden, jede Wahl eines revolutionären V-Mannes zu verhindern, mußten die Kollegen in den Abteilungen, in denen sie revolutionären Kandidaten aufstellen wollten, taktisch klug vorgehen.

Verdeckt vor Meistern und V-Leuten, die als Knechte der Bonzen bekannt waren, ging man hin und warb unter allen kämpferischen Kollegen für die Wahl des revolutionären Kandidaten. Dabei wurden mit den interessierten Kollegen ausführliche Diskussionen über die Notwendigkeit des revolutionären Klassenkampfes und des Aufbaus der RGO geführt. Wo die Genossen schon längere Zeit im Betrieb waren, und sie den Kollegen als klassenkämpferische Arbeiter bekannt waren, die gezeigt hatten, daß sie bereit waren, gegen die Geschäftsleitung und die Bonzen zu kämpfen, bekamen sie in den meisten Fällen auch die Unterstützung vieler Kollegen ihrer Abteilung.

„Freie Wahlen" – ein leerer Wahn

In den Fällen, in denen die Bonzen Wind von der Sache bekamen, griffen sie zu Ausschlüssen, Drohungen, Betrug bis zur offenen Wahlfälschung, um zu verhindern, daß revolutionäre Arbeiter in den Vertrauensleutekörper kommen. Andererseits aber erreichten die Bonzen in vielen Fällen nicht die beabsichtigte Isolierung des revolutionären Kandidaten von seinen Kollegen, wenn es ihnen auch oft gelang, seine Wahl zu verhindern. In vielen Fällen zeigte sich die Empörung der Arbeiter über die Methoden des Gewerkschaftsapparates daran, daß sie sich zusammengeschlossen und in der einen oder anderen Form gegen die Angriffe des Apparates kämpften. Hier einige Beispiele:

– Bei KWU in Mülheim bekam der revolutionäre Kandidat vor der Wahl ein Gewerkschaftsausschlußverfahren. Als seine Kollegen davon erfahren, zerreißen sie öffentlich die Wahlzettel und boykottieren die Wahl. Von 500 möglichen Stimmen werden gerade 170 abgegeben.

– Bei Daimler in Westberlin sollen die Wahlunterlagen des revolutionären Kandidaten angeblich plötzlich „verlorengegangen" sein. Das gesamte Lehrjahr des Genossen weigert sich daraufhin, überhaupt zu wählen.

– Als bei Heidenreich und Harbeck die Gewerkschaftsbonzen 24 von 30 Kollegen (Lehrlinge) von der Wahl des Jugendvertrauensmannes ausschließen, weil sie angeblich nicht die satzungsgemäßen Beiträge gezahlt haben, um die Wahl des revolutionären Kandidaten zu verhindern, führen die Lehrlinge auf Initiative der ROTEN GARDE die Wahl gemeinsam mit den Unorganisierten auf eigene Faust durch. 72 Lehrlinge beteiligen sich an der Wahl, der revolutionäre Kandidat erhält 60% der Stimmen.

Ein Beispiel von Hoesch-Union zeigt besonders deutlich, daß die Vertrauensleutewahlen absolut nichts mit „demokratischen Wahlen" zu tun hatten. Dort fälschten die Bonzen in einer Abteilung einfach die Wahlzettel, um den Kandidaten des Apparates gegen den Kandidaten des Vertrauens der Arbeiter durchzusetzen. Während die Wahl angeblich für den von den Bonzen vorgeschlagenen Kandidaten mit 9:7 Stimmen ausging, erklärten später neun Kollegen mit ihrer Unterschrift, daß sie für den anderen Kandidaten gestimmt hatten. Der Wahlvorstand drohte den Kollegen daraufhin mit Gewerkschaftsausschluß und sogar Zivilklage, wenn sie ihre Erklärung nicht zurücknehmen würden.

Ein Erfolg für die Partei

Die Wahl revolutionärer Vertrauensleute in einer Reihe von Betrieben, besonders in Großbetrieben der Stahl- und Chemieindustrie, ist nach der Wahl Roter Betriebsräte ein weiterer wichtiger Erfolg unserer Partei im Kampf gegen den reaktionären DGB-Apparat. Sie hat gezeigt, daß unsere Partei in viel stärkerem Maße als vor vier Jahren in der Lage ist, in solche Kämpfe einzugreifen, daß die Genossen in den Betrieben besser verankert sind und sich enger mit den Kollegen verbunden haben. Daß die Genossen in der Regel gegen Kandidaten des Gewerkschaftsapparates gewählt wurden, ist ein Ausdruck der zunehmenden klassenkämpferischen Einstellung der Arbeiter.

Der DGB-Apparat erscheint sehr stark. Er führt Schläge gegen die revolutionären Arbeiter und Kommunisten, aber in den Kämpfen der Arbeiterklasse, besonders da, wo unsere Partei eingreifen kann, sinkt sein Einfluß auf die Kollegen, wächst der Haß gegen die Bonzen, und die Erkenntnis, daß der Bonzenapparat auf der Seite der Ausbeuter steht, wird stärker. Sicher hat der DGB-Apparat in der Gesamtzahl der Betriebe, und innerhalb der Betriebe in den meisten Abteilungen, zum größten Teil seine Handlanger und Mitläufer durchgesetzt. Darin zeigt sich, daß er noch viel Einfluß und Stärke hat. Aber andererseits: Dort, wo Genossen von unserer Partei, wo revolutionäre Arbeiter sich mit den Kollegen zusammentaten, wo sie den Kampf aufnahmen und eine revolutionäre Linie befolgten, biß sich der Bonzenapparat meistens die Zähne aus, erlitt er Schlappen oder zumindest Teilniederlagen. Darin zeigt sich, daß wir letztlich stärker sind, daß die revolutionären Kräfte unaufhaltsam voranmarschieren und erstarken werden, während der Feind trotz seiner äußeren Stärke und Macht innerlich faul und im Niedergang ist.

Für die revolutionären V-Leute und die klassenbewußten Arbeiter ist jetzt keine Zeit, sich auf den errungenen Erfolgen auszuruhen. Die Erfolge, die wir bei den V-Leute-Wahlen erringen konnten, sind Stützpunkte, sind Positionen, um den Zusammenschluß der Kollegen im Kampf gegen die Kapitalisten und den Gewerkschaftsapparat besser und wirkungsvoller vorantreiben zu können. Jetzt in Passivität zu verfallen, hieße, daß man den weiteren Auseinandersetzungen nicht gewachsen und daß Niederlagen unvermeidlich wären.



Die gewählten revolutionären Vertrauensleute müssen jetzt ihre Hauptaufgabe darin sehen, in den Abteilungen gemeinsam mit ihren Kollegen den Kampf gegen die Kapitalisten und ihre Handlanger zu organisieren. Sie müssen im Kampf sich eng mit den Kollegen zusammenschließen und ihre Position dazu ausnutzen, das Bewußtsein über die Notwendigkeit des revolutionären Klassenkampfes und des Aufbaus der Revolutionären Gewerkschaftsopposition unter den Kollegen zu verankern. Dazu gehört auch – mit der gebotenen Klugheit, versteht sich – die revolutionäre Arbeit in den Vertrauensleutekörpern, um dort die fortschrittlichen Vertrauensleute für den revolutionären Kampf zu gewinnen.

Aus unseren Betriebs- und Stadtteilzeitungen

IG Metall Satzung

Mittel zur Unterdrückung

Nach § 11 der IGM-Satzung soll der kommunistische Vertrauensmann aus der Bordmontage, Reiherstieg, aus der Gewerkschaft ausgeschlossen werden. Obwohl er zum Vertrauensmann gewählt wurde und noch mehr Kollegen gegen seinen Ausschluß protestierten, will die Ortsverwaltung ein Verfahren gegen ihn durchführen. Weil er gegen den Ausschluß anging und seinen Antwortbrief an die IGM im „Frischen Wind" veröffentlichen ließ, wurden dem Kollegen sämtliche Rechte und Pflichten entzogen, d.h. er darf nicht mehr als Vertrauensmann arbeiten.

Was ist das für eine Satzung, die Kommunisten (nicht jedoch den Sozialfaschisten der D„K"P) und oppositionellen Kollegen den Mund verbietet, die gewählte Vertrauensleute nicht bestätigt, die den vom Ausschluß bedrohten Kollegen das Recht nimmt, sich um die Unterstützung der Kollegen zu bemühen?!

Wer nicht gehorcht, wird ausgeschlossen!

Der bei weitem umfangreichste Paragraph ist der § 11 (viereinhalb Seiten!).

„Untersuchungsverfahren zur Feststellung von gewerkschaftsschädigendem Verhalten:

1. Mitglieder, die nachweislich die Interessen der IG Metall schädigen, gegen die Satzung verstoßen oder sich beharrlich weigern, den Anweisungen des Vorstandes oder der Ortsverwaltung ihrer Verwaltungsstelle Folge zu leisten, können nach Durchführung eines Untersuchungsverfahrens aus der IG Metall ausgeschlossen werden."

Wer also die Verratspolitik der IGM bei den Lohnraubabschlüssen oder beim Kampf gegen Entlassungen nicht mitmacht, wer sie anprangert, wer nicht bereit ist, sich zusätzlich durch höhere Beiträge ausnehmen zu lassen, wer darüberhinaus gar sagt, daß es die Aufgabe einer Gewerkschaft sein muß mitzuhelfen, daß der Kapitalismus gestürzt wird, der verstößt zwar nicht gegen die Interessen der Arbeiter und Gewerkschaftsmitglieder, aber gegen die der Gewerkschaftsführer – der soll ausgeschlossen werden.

So versucht der IGM-Apparat jede Kritik, jedes Aufbegehren gegen Lohnraub, Arbeitslosigkeit, gegen das bestehende System zu ersticken.

Ein solcher Paragraph kann nur in einer Gewerkschaft existieren, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, jeden Kampf abzublocken. Das Untersuchungsverfahren selbst zeigt auch noch einmal den Unterdrückungscharakter der IGM-Satzung:

So darf z.B. ein „Angeklagter" über seinen bevorstehenden Rausschmiß nichts verlauten lassen. Er wird abgehalten, die Unterstützung seiner Kollegen zu suchen. Tut er es aber doch, wie der Vertrauensmann aus der BM, dann wird er noch mehr unter Druck gesetzt: Entziehung aller Rechte und Pflichten.

Auch die Untersuchungskommission ist ein Hohn!

Die Mehrheit stellt stets die Ortsverwaltung mit drei gegen zwei Stimmen des Betroffenen. Und natürlich ist die Untersuchung nicht öffentlich. Diese Leute scheuen eben das Licht. Natürlich entscheidet auch letztlich der Vorstand, falls trotz aller Vorsichtsmaßnahmen mal etwas schief geht. Die Herren von der Bank für Gemeinwirtschaft, der Neuen Heimat und der COOP werden schon die richtige Entscheidung fällen.

§ 12 macht deutlich, wie verlogen die IGM-Bonzen sind und gegen wen sich tatsächlich ihre Satzung richtet. Ohne Verfahren sollen danach Streikbrecher ausgeschlossen werden.

Was ist denn mit den Bonzen, die die spontanen Streiks angreifen und durch Entzug der Unterstützung versuchen auszuhungern? Was ist mit denen, die massenhaft blaue Ausweise zum erlaubten Streikbruch ausstellten, wie beim Druckerstreik? Die werden natürlich nicht ausgeschlossen, im Gegenteil.

Wer sich hervortut im Verrat und Abwiegeln,

der macht Karriere in der Gewerkschaft. Die aber, die sogenannten gegnerischen Organisationen wie z. B. der KPD/ML oder der Revolutionären Gewerkschaftsopposition angehören, diejenigen, die für den revolutionären Kampf gegen Lohnraub und Arbeitslosigkeit eintreten, die den Streikbruch durch den Gewerkschaftsapparat und die Polizei anprangern, die werden rausgeschmissen, denn sie kämpfen gegen Ausbeutung und Unterdrückung.

Ob es sich um Abstimmung für einen Streik handelt – „wird gegen den Beschluß des Vorstandes die Arbeit niedergelegt, so verzichten die Mitglieder



auf jede Unterstützung" (§22) – oder die Wahl von Leitungen, stets erlaubt die Satzung den Vertretern des Gewerkschaftsapparats ihren Willen durchzusetzen, den Willen der Mitglieder auszuschalten und zu unterdrücken.

Diese IGM-Satzung zeigt deutlich, der Gewerkschaftsapparat ist kein Mittel, die Forderungen der Kollegen zu erkämpfen, geschweige denn, Ausbeutung und Unterdrückung abzuschaffen.

Diese Satzung zeigt auch, daß der IGM-Apparat nicht gezwungen werden kann, durch Kritik der Arbeiter oder Absetzung der Leitungen zu einer Kampforganisation der Arbeiterklasse zu werden.

Bauen wir die RGO auf!

Da wir uns jedoch organisieren müssen, um stark zu sein, brauchen wir die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition. Alle Kollegen, ob in der Gewerkschaft oder bereits ausgeschlossen oder ausgetreten, sollten sich in der RGO organisieren. Wir müssen in der Gewerkschaft bleiben, um möglichst viele von dem arbeiterfeindlichen Charakter des Gewerkschaftsapparates zu überzeugen und sie für die RGO zu gewinnen.

Mit der RGO werden wir dann den Kampf gegen jede Verschlechterung unserer Lebenslage selbst organisieren. In diesen Kämpfen werden wir unsere Erfahrungen für den Sturz des Kapitalismus sammeln.

Meldungen aus den Betrieben

BLUMENTHAL/RECKLINGHAUSEN

Der revolutionäre Arbeiter Rolf E. auf der Zeche Blumenthal ist vom Hauptvorstand der IG Bergbau und Energie aus der Gewerkschaft ausgeschlossen worden. In der Begründung dafür heißt es, es sei erwiesen, daß Rolf für die KPD/ML tätig gewesen sei. Dieser Ausschluß kam nicht unerwartet. Rolf war den Betriebsrats- und Gewerkschaftsbonzen der Zeche schon lange ein Dorn im Auge. Im Betrieb und auf Belegschaftsversammlungen hatte er mehrmals die Verrätereien und den Betrug des Gewerkschaftsapparates an den Kollegen enthüllt. So hatte er z.B. auf einer Belegschaftsversammlung während der Bergbautarifrunde den schon längst von den Bonzen geplanten Lohnraubabschluß von ca. 5% vor den Kollegen angeprangert.

BORSIG/WESTBERLIN

Die Borsig-Kapitalisten haben Strafantrag wegen „Verleumdung" gegen den „Borsig-Hammer", die Betriebszeitung der KPD/ML bei Borsig, gestellt. Der „Borsig-Hammer" hatte vor einiger Zeit enthüllt, daß der bei einem Arbeitsunfall ums Leben gekommene Arbeiter Günther K. nicht Opfer eines „tragischen Unglücks", sondern Opfer der ständig steigenden Arbeitshetze und der Weigerung der Kapitalisten geworden war, sichere und menschliche Arbeitsverhältnisse zu schaffen.

Revisionistisches

MODERNE REVISIONISTEN: „CHINA IST SELBER SCHULD!"

Eine unverschämte Provokation gegen die VR China leistet sich die „Deutsche Volkszeitung", die von den modernen Revisionisten herausgegeben wird. Während alle fortschrittlichen Menschen es begrüßten, daß Kanada den Sportlern des reaktionären Regimes in Taiwan die Einreise verweigerte, erklärte die „DVZ": „Ähnlich wie in der UNO wäre auch im IOC das Problem Taiwan längst zu den Akten gelegt, wenn nicht die Volksrepublik China mit ihrem Austritt aus der olympischen Familie im Jahre 1958 den Taiwan-Chinesen das Feld freiwillig überlassen hätte.

Auf gut deutsch heißt das doch wohl: Nicht die US-Imperialisten sind schuld daran, daß es das „Taiwan-Problem" überhaupt gibt, sondern die VR China selbst.

ABWANDERUNG AUS ISRAEL

Die Ostberliner Zeitung „Wochenpost" stellt voller Genugtuung fest, daß heute mehr Menschen Israel verlassen, als neu zuwandern. Auch die modernen Revisionisten wissen, daß die Zuwanderung hochqualifizierter Arbeitskräfte aus kapitalistischen Ländern eine bedeutende Stärkung für die zionistische Reaktion bedeutete. Und sie versuchen ja, den Anschein zu erwecken, als setzten sie sich für die gerechte Sache des palästinensischen Volkes ein.

Daß heute immer mehr Menschen aus Israel auswandern, ist eine gute Sache, die zeigt, daß viele jüdische Bewohner des Staates Israel erkennen, daß der Zionismus ein imperialistisches, faschistisches Regime errichtet hat. Was die modernen Revisionisten allerdings in ihrem Artikel verschweigen ist, woher ein Großteil der Einwanderer nach Israel in den letzten Jahren kam: Aus der Sowjetunion, die damit dem Regime in Jerusalem gute Dienste erwies.

D„K"P: „MAOISTEN" ANGEZEIGT

In Oberhausen haben die D„K"P-Revisionisten wieder einmal Genossen der Partei bei der Polizei denunziert und angezeigt, weil sie angeblich Plakattafeln der D„K"P zu einem „Volksfest" abräumten. Dabei gibt die D„K"P-Zeitung „Notizen" ganz offen zu, daß es ihr nicht so sehr darum geht, daß ihre Plakate abgeräumt werden. Wichtig ist vor allem, heißt es da, daß Sympathisanten der KPD/ML die Ständer entfernten. Deshalb wurden sie angezeigt, sonst, so „Notizen", hätte man vielleicht sogar von „pubertären Taten" sprechen können. Gegenüber wirklichen Kommunisten aber kennt die D„K"P kein Pardon, sie werden ohne Ausnahme bei der Bourgeoisie denunziert.

100000 EIER AUS DER DDR

Was immer die D„K"P tut, sie läßt es sich von den modernen Revisionisten in der DDR bezahlen. Daß die SED der Mies-Clique jährlich zig Millionen DM zur Verfügung stellt, ist inzwischen allgemein bekannt. Aber auch die Werbegags und Feten der D„K"P gehen weitgehend auf Kosten der werktätigen Bevölkerung in der DDR. So auch die großangekündigte „Preisstopper-Aktion". 100000 Eier, 1 000 Kartoffeln und 4 000 Hähnchen lieferte die DDR u. a. zu dieser Aktion, wie der „Stern" berichtete. Ein großer Anteil der Gelder aus der DDR dient dazu, das Schmarotzerleben der Parteifunktionäre zu finanzieren. So erzählte D„K"P-Kapluck gegenüber dem „Stern" freimütig, daß allein der D„K"P-Vorstand 91 Mitglieder umfasse, von denen ein großer Teil bis 2 500 DM verdient. Hinzu kommen Hunderte von freigestellten Funktionären. Kapluck zum „Stern": „Wir haben genügend Funktionäre für eine Millionen-Partei. Nur es fehlen uns die Millionen."

Das neuseeländische Volk hat die Macht, den olympischen Boykott zu stoppen

Aus Protest gegen die Teilnahme Neuseelands an den Olympischen Spielen in Montreal haben noch am Ende der letzten Woche 24 afrikanische Staaten ihre Teilnahme abgesagt, darunter Tansania, Uganda, Nigeria. Die afrikanischen Staaten protestieren damit gegen die Teilnahme der Mannschaft aus Neuseeland, das — trotz einer entsprechenden Entschließung der UNO — weiterhin sportliche Beziehungen mit dem rassistischen Regime Südafrikas unterhält. Diese Solidarität mit den Völkern des südlichen Afrika verdient um so größere Achtung, als einige der Mannschaften damit auf mögliche Medaillen verzichten.

Wir drucken im Folgenden einen Artikel aus der Zeitung „People's Voice" (Stimme des Volkes), dem Zentralorgan der marxistisch-leninistischen Partei Neuseelands ab, der vom Standpunkt der Arbeiterklasse zu diesem Problem Stellung nimmt.

Niemand sollte überrascht sein von der Entscheidung des Obersten Sportrates von Afrika über einen Boykott olympischer Wettbewerbe, an denen Neuseeland teilnimmt. Es wurde oft genug gewarnt, was geschehen würde, wenn die offizielle Unterstützung für die südafrikanische Apartheid fortgesetzt würde. „People's Voice" veröffentlichte als erste am 23. Februar die Warnungen des Obersten Sportrates von Afrika und einige Wochen später begannen andere Zeitungen diese Warnungen ebenfalls zu veröffentlichen.

Die Gründe für diesen Boykott sind klar — Neuseeland unterstützt offiziell den üblen, gesetzlich verankerten Rassismus in Südafrika. Es unterstützt die Durchführung rassistischer Politik, indem es gegen ausgewählte rassistische Mannschaften spielt, solchen Mannschaften Visa erteilt, gegen Gegner der Apartheid Polizei einsetzt, die Entscheidung der Vereinten Nationen gegen solche sportlichen Kontakte mißachtet und indem es die Anprangerung der Apartheid zensiert.

Eines der letzten Beispiele für diese Zensur ist die Entscheidung des 2. Fernsehens, den Dokumentarfilm „Das letzte Grab von Dimbaza" nicht zu zeigen mit der Begründung, daß es sich hier um „einseitige Propaganda" handele.

Mit anderen Worten: der Film hat einen entgegengesetzten Standpunkt zu der Propaganda, die die Monopole unterstützt und mit der die Öffentlichkeit durch Fernsehen und andere Medien überflutet wird.

Allerdings ist dieser Film voreingenommen: gegen die Apartheid, gegen die Profitgeier, die Superprofite aus der erzwungenen billigen Arbeit von 15 Millionen schwarzen und farbigen Afrikaner rauben. Er nennt einige der multinationalen Monopole, die hier und dort am Werk sind. Viele dieser gigantischen Firmen werben im Fernsehen und sie zu kritisieren ist die höchste Blasphemie in den Augen der „Gesellschaft".

Gangsterlogik

So meinen die Bosse des Fernsehens in Wirklichkeit „Haltet alle antimonopolistische Propaganda heraus aus Dokumentationen und laßt die monopolistische Propaganda darin", wenn sie davon reden, „die Propaganda aus Dokumentationen herauszuhalten".

Das ist die gleiche Gangsterlogik wie die, die manche Leute anwenden, wenn sie sagen „Haltet die Politik aus dem Sport heraus". Was sie meinen, ist „Laßt die rassistische Politik weiter im Sport."

Genauso ist es mit denen, die sagen „Lassen wir die südafrikanische Politik draußen, wenn wir mit ihnen Sport treiben und kehren wir vor unserer eigenen Tür."

Tatsache ist aber, daß die Unterstützung des Rassismus in Übersee dabei hilft, ihn hier zu unterstützen. Diejenigen, die ihre Augen vor dem ungeheuren Elend und Leid verschließen können, daß durch den Rassismus in Südafrika verursacht wird (60 Kinder sterben jede Stunde an Unterernährung), können sich auch nicht wirklich über den Rassismus hier sorgen.

Diejenigen, die von der billigen Arbeit in Südafrika profitieren, profitieren genauso von einer gespaltenen Arbeiterklasse hier. Die Unterstützung der Regierung für die Apartheid drückt die Unterstützung der Kapitalistenklasse dafür aus. Sie bringt die übelste Sorte Politik in den Sport hinein und beschmutzt den Namen aller Neuseeländer vor der Weltöffentlichkeit.

Menschen aus dem neuseeländischen Volk haben ihrem Abscheu darüber in der Vergangenheit mit beträchtlichem Effekt Ausdruck verliehen. Es ist nicht zu spät, die Situation zu bereinigen, wenn jede zukünftige sportliche Unterstützung der Apartheid unmöglich gemacht wird. Aber es werden nicht die Politiker sein, die das tun. Es wird das werktätige Volk sein, indem es zu Aktionen auf der Straße greift.



Bei der Olympiade 1968 erhoben die schwarzen Sportler, Sieger des 200-Meter-Laufes, bei der Siegerehrung die Faust zum „black-power"-Gruß. Sie demonstrierten damit vor der ganzen Welt gegen die rassistische Unterdrückung ihrer Landsleute durch den amerikanischen Imperialismus.

Vom Aufbau des Sozialismus

ALBANIEN: 33. JAHRESTAG DER GRÜNDUNG DER VOLKSARMEE

Am 10. Juli feiern das albanische Volk und seine Streitkräfte den 33. Gründungstag der Volksarmee. Aus Anlaß dieses Festtages organisierten der Generalrat der Demokratischen Front Albaniens, das Ministerium für Volksverteidigung und das Bezirksparteikomitee Tirana am 9. Juli eine feierliche Versammlung.

An der Versammlung nahmen Werktätige der Arbeits- und Produktionsstätten, Militärangehörige, Veteranen des Nationalen Befreiungskampfes, Werktätige der Ministerien und der zentralen Einrichtungen der Hauptstadt, Mütter und Familienangehörige der gefallenen Helden, Jugendliche und andere Gäste teil. Zugegen waren ebenfalls Ramiz Alia, Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der PAA, Xhafer Spahiu, Kandidat des Politbüros des ZK der PAA und stellvertretender Vorsitzender des Ministerrats der VR Albanien und andere Genossen. Anwesend war auch der Militärattaché der Botschaft der Volksrepublik China in der VR Albanien, Can Hsiu Shan. Die Festansprache hielt auf der der Gründung der Volksarmee gewidmeten Versammlung der stellvertretende Minister für Volksverteidigung, Maliq Sadushi.

Dieses wichtige Datum in der Geschichte unseres Volkes, sagte Genosse Maliq Sadushi unter anderem, wird im Rahmen des ruhmreichen Jubiläums des 35. Gründungstages der PAA gefeiert, zu einer Zeit, da groß und klein in unserem Land mit revolutionärer Begeisterung und Optimismus dafür kämpfen, die Planaufgaben 1976 ehrenvoll zu erfüllen, die sozialistische Revolution auf allen Gebieten voranzutragen, den Klassenkampf zu vertiefen, die brutale imperialistisch-revisionistische Einkreisung zu zerschlagen, die Diktatur des Proletariats fortwährend zu festigen und die Kampffähigkeit und Bereitschaft unserer Streitkräfte für die Verteidigung unseres Landes zu erhöhen.

Genosse Maliq Sadushi betonte ferner. In diesen 33 Jahren wurde die albanische Volksarmee unter der Führung der Partei gestählt und modernisiert, als eine Streitkraft neuen Typs, als eine Armee des ganzen Volkes, das Soldat ist, als Waffe der Diktatur des Proletariats. Die Partei war und ist die einzige Organisatorin und Führerin unserer Armee, sie ist auch ihr Geist, ihr Herz und ihr Hirn, die Garantie aller Siege. Die Partei hat die Armee in der marxistisch-leninistischen Ideologie erzogen, sie hat die siegreiche Militärkunst unseres Volkskrieges ausgearbeitet, die unsere Volksarmee zu meistern weiß, sie hat die Armee als eine revolutionäre Volksarmee ausgebildet und geformt, die mit dem gesamten bewaffneten Volk verschmolzen ist.

Das albanische Volk und seine Volksarmee, sagte Genosse Maliq Sadushi ferner, werden unter der Führung der Partei stets vorwärtsschreiten, sich unsere Arbeiterklasse als Beispiel nehmen und ununterbrochen den Klassenkampf in allen Lebensbereichen entfalten. Sie werden mit allen Kräften gegen die inneren und äußeren Feinde kämpfen und stets die Hacke und das Gewehr, die Symbole unserer siegreichen Revolution in der Hand halten weil die US-Imperialisten die sowjetischen Sozialimperialisten und alle ihre Lakaien nichts unversucht lassen, um uns zu schaden. Sie haben über uns die brutalste Blockade verhängt, sie bereiten mit allen Mitteln einen neuen Weltkrieg vor, noch schrecklicher als die, die in der Vergangenheit geführt worden sind. Deswegen werden wir unser Pulver trocken halten und den Finger am Abzug des Gewehres halten, so, wie es uns die Partei der Arbeit aufträgt.

Taiwan raus aus dem IOC!

Fortsetzung von Seite 1

sind als die anderen Imperialisten auch. Immer hat die Behauptung von der angeblichen Unabhängigkeit des Sports und speziell der Olympischen Spiele den Imperialisten dazu gedient, den Sport und besonders die Olympischen Spiele in den Dienst ihrer Politik zu stellen. Die Äußerung des sowjetischen IOC-Mitglieds Adrianow in Montreal richtete sich gegen die Volksrepublik China und unterstützte die faschistische taiwanesische Clique.

Das IOC und die Olympischen Spiele waren von Anfang an Einrichtungen von großer politischer Bedeutung. Der Sport, die spannenden sportlichen Wettkämpfe, die Millionen von Menschen in aller Welt mit Interesse und Begeisterung verfolgen, war für die Imperialisten immer Mittel zum Zweck, die Massen für ihre Politik einzufangen. Führen wir nur ein einziges Beispiel aus der deutschen Geschichte an. Als das IOC die Olympischen Spiele 1936 nach Deutschland vergeben hatte, war das eine politische Entscheidung, die den deutschen Imperialisten, den Hitlerfaschisten nützte. Sie nutzten die Olympischen Spiele, um sich den Völkern der Welt als Gastgeber der Jugend der Welt zu zeigen, während sie in Wirklichkeit schon die Vorbereitungen getroffen hatten, um die Welt mit einem imperialistischen Krieg zu überziehen, der Millionen Jugendlichen das Leben kostete.

Die „Unabhängigkeit des Sports von der Politik" ist eine reaktionäre Losung der Imperialisten. Die Olympischen Spiele sind eine gute Sache, sie sind politische Spiele. Aber es kommt darauf an, unter dem Zeichen welcher Politik sie stehen: unter dem Zeichen der reaktionären, gegen die Völker gerichteten Politik des Imperialismus und Sozialimperialismus oder unter dem Zeichen des Fortschritts, der Freiheit und der Unabhängigkeit, die von den revolutionären Völkern der Welt und den sozialistischen Staaten wie der VR China und der VR Albanien verkörpert werden. Heute hat sich das Blatt gewendet. Die Völker der Welt erlauben es den Imperialisten und Sozialimperialisten nicht mehr, daß die internationalen Sportangelegenheiten nach ihrem Diktat geregelt werden. Sie erkämpften vor vier Jahren den Ausschluß des rassistischen Regimes Rhodesiens von den Olympischen Spielen und setzten durch, daß das Vorster-Regime aus dem IOC hinausgeworfen wurde. Sie erkämpften den Ausschluß Taiwans aus zahlreichen internationalen Sportorganisationen und die Aufnahme der VR China. Gerade eben wurde die VR China in die Fifa, den Weltfußballverband, aufgenommen. Die Tatsache, daß Taiwan in Montreal nicht an den Wettkämpfen teilnehmen kann, ist ein ermutigendes Zeichen dafür, daß seine Tage auch im Internationalen Olympischen Komitee gezählt sind. Tschao Tscheng-hung, der Präsident des Allchinesischen Sportverbandes (des Chinesischen Olympischen Komitees) erklärte bei seiner Ankunft in Montreal: **„Das chinesische Volk hat die Tschiang-Clique schon lange in ihre Schranken verwiesen. Der Allchinesische Sportverband ist allein legitimiert, die nationalen Sportorganisationen (einschließlich der Provinz Taiwan) anzuleiten. Allein der Allchinesische Sportverband vertritt China in den internationalen Sportorganisationen. Der Ruf nach dem Ausschluß der Tschiang-Clique von den internationalen Sportorganisationen und die Wiederherstellung von Chinas rechtmäßigem Sitz in den Internationalen Sportorganisationen wird lauter und lauter mit jedem Tag, der vergeht, und ist eine unwiderstehliche historische Strömung in der Geschichte geworden. Wir sind überzeugt, daß mit Unterstützung aller Freunde, die die Gerechtigkeit hochhalten, die Frage des Ausschlusses der Tschiang-Clique von den internationalen Sportorganisationen und die Wiederherstellung von Chinas rechtmäßigem Platz dort schließlich gelöst werden wird."**

Wem nützen die Provokationen der GRF-Führer?

In den letzten Wochen hat die Führung der GRF (KPD) in ihrem Zentralorgan „Rote Fahne" und auf gemeinsamen Diskussionsveranstaltungen in verschiedenen Städten eine Reihe von üblen Verleumdungen, Lügen und Provokationen gegen die KPD/ML losgelassen, so wie das noch in früheren Jahren in schlechter Erinnerung ist. Man muß daher befürchten, daß die GRF-Führung um jeden Preis verhindern will, daß sie zu einer politischen Stellungnahme zu ihren schweren Verstößen gegen die Prinzipien des Marxismus-Leninismus gezwungen wird, und daß sie aus diesem Grund dazu übergeht, die Weiterführung der politisch-ideologischen Auseinandersetzung mit allen Mitteln zu sabotieren.

Eine besonders üble und verantwortungslose Masche der GRF-Führer ist es, daß sie im Zusammenhang mit unserer Kritik an ihrer spalterischen Tätigkeit innerhalb der internationalen marxistisch-leninistischen Bewegung und der in diesem Zusammenhang geführten Diskussion über die Rolle Vilars und seiner Gruppe in Portugal, den Namen der KP Chinas mißbrauchen, um eine haltlose Polemik gegen unsere Partei zu betreiben. Weil auf einer gemeinsamen Diskussionsveranstaltung in Bochum Genossen unserer Partei Vilar als das bezeichneten, was er auch ist -ein internationaler Provokateur und Spalter, der die vom USA-Imperialismus und von den westeuropäischen Imperialisten abhängigen reaktionären Kräfte in Portugal unter dem Deckmantel des Kampfes gegen den sowjetischen Sozialimperialismus als „fortschrittlich" und „antiimperialistisch" hinstellt- glaubt die GRF-Führung, uns der „unflätigen Beleidigung der KP Chinas" bezichtigen zu können. So lächerlich eine solche Art der Argumentation seitens der GRF-Führung auch ist, so ist ihre Stoßrichtung gleichzeitig durch eine üble spalterische Haltung gekennzeichnet: nämlich durch den Versuch, zwischen die KP Chinas und Organisationen, die vom marxistisch-leninistischen Standpunkt aus Kritik an der GRF üben, einen Keil zu treiben. Allerdings ist dieses Manöver der GRF-Führung zum Scheitern verurteilt.

Eine andere Provokation der GRF-Führung ist die Tatsache, daß die „Rote Fahne" schon zum wiederholten Mal dem Genossen Gernot Schubert Äußerungen unterschiebt, die er nie gemacht hat. In der „Roten Fahne" Nr. 25 wird die lügnerische Behauptung veröffentlicht, auf der Kölner Veranstaltung habe Genosse Schubert gesagt, der KSV (Studentenorganisation der GRF) habe sich an den revisionistischen Weltjugendfestspielen beteiligt. Wir weisen diese unverschämte Lüge, mit der die GRF-Führung offensichtlich unter ihren Mitgliedern und Sympathisanten Stimmung gegen die KPD/ML machen will, entschieden zurück und fordern die Verantwortlichen dazu auf, in der „Roten Fahne" eine Richtigstellung abzudrucken.

Des weiteren weisen wir auch entschieden die Lügen zurück, mit denen die Genosse Brenner in der „Roten Fahne" verleumdet wurde. Auf der Düsseldorfer Veranstaltung waren von einem ehemaligen Mitglied der GRF konkrete Beweise über die Versuche der GRF-Führung enthüllt worden, eine internationale Front von Spalterorganisationen gegen die internationale marxistisch-leninistische Bewegung zusammenzuzimmern. So z.B. hatten sie auch versucht, in Westdeutschland eine türkische Partei aufzubauen. Als das Führungsmitglied der GRF, Werner Heuler, sich weigerte, auch nur mit einem einzigen Wort auf diese Vorwürfe einzugehen und stattdessen nur demagogische Hetze gegen unsere Partei vom Stapel ließ, sagte Genosse Brenner in seiner berechtigten Empörung spontan: „Du Schwein." Eine Genossin der GRF behauptete daraufhin, Genosse Brenner habe gesagt: „Das Schwein müßte man totschlagen." Der Genosse Brenner wies diese Behauptung sofort zurück und erklärte auch, warum er aus Empörung Heuler ein Schwein genannte hatte. All dies läßt die „Rote Fahne" jetzt einfach unter den Tisch fallen, um so die Lüge auftischen zu können, Genosse Brenner hätte „erklärt", man müsse Heuler „umlegen" (bzw. „totschießen", wie die „Rote Fahne" an anderer Stelle schreibt). Diese Lüge ist noch aus einem besonderen Grund eine böse Provokation: Damit wird direkt ein Handlangerdienst für die Bourgeoisie geleistet bei ihrer Taktik, die KPD/ML und andere revolutionäre Kräfte zu kriminalisieren: „Ein bekanntes Mitglied der KPD/ML stößt öffentlich Morddrohungen aus", das ist für die Bourgeoisie ein gefundenes Fressen! Das können sie jederzeit gegen die Partei oder andere revolutionäre Kräfte ausnutzen. Wir verlangen, daß auch diese Lüge in der „Roten Fahne" zurückgenommen wird.

In der „Roten Fahne" Nr. 28 findet sich noch eine weitere Provokation. Die Tatsache, daß (vermutlich von Seiten der D„K"P und trotzkistischer Elemente) eine Presseerklärung mit einem gefälschten Briefkopf unserer Partei verbreitet worden ist, die antialbanische Hetze beinhaltet, bezeichnet die „Rote Fahne" als eine „für den ‚Roten Morgen' peinliche Sache", von der wir „ablenken" wollten. Ferner heißt es in der RF dazu: *„Statt zu erklären, wie es möglich ist, daß die neuesten Briefköpfe der KPD/ML gefälscht werden konnten, daß offensichtlich sogar die gleiche Schreibmaschine benutzt wurde, mit der offizielle und authentische Erklärungen der KPD/ML geschrieben werden . . ."* Hier soll doch unterschwellig der Eindruck erzeugt werden, daß die Presseerklärung vielleicht gar nicht gefälscht ist! Oder wie sind diese seltsamen Ausführungen sonst zu verstehen?

Auf dieser Grundlage über die Einheit der Marxisten-Leninisten zu diskutieren, ist ein schlechter Witz!

Als unsere Partei vor mehr als einem Jahr den Kampf um die Einheit der Marxisten-Leninisten verstärkte und die Initiative zu einer intensiven ideologischen und politischen Diskussion mit der GRF ergriff, war dies der Ausgangspunkt für eine begrüßenswerte Entwicklung. Es konnten in vielen Fällen Aktionseinheiten erreicht werden, die Auseinandersetzungen um die politisch-ideologischen Differenzen konnten mehr oder weniger sachlich ausgetragen werden. Es wurden auf allen Ebenen Diskussionen durchgeführt. Viele Genossen der GRF lernten zum ersten Mal die Linie und die Entwicklung unserer Partei kennen und sie setzten sich mit uns auseinander in der ehrlichen Absicht, die Standpunkte zu klären und den Kampf um eine prinzipienfeste Einheit der Marxisten-Leninisten vorwärts zu treiben.

Was bezwecken die Führer der GRF denn damit, wenn sie jetzt die Auseinandersetzung mit unserer Partei wieder auf die Ebene feindseliger Konfrontationen zurückzerren wollen? Sie haben es offensichtlich darauf angelegt, die Weiterführung des ideologischen Kampfes, insbesondere die Diskussion über die Frage der Gründung und ihre ideologischen und politischen Basis, unmöglich zu machen. Offensichtlich ist ihnen der Boden zu heiß geworden, weil man um die Tatsachen eben auf die Dauer nicht herumkommt. Auch in den anderen Fragen der politischen Linie haben die GRF-Führer Probleme. In Bezug auf die Frage des USA-Imperialismus und der Rolle, die seine Truppen in Westeuropa spielen, haben sich in den Reihen der GRF scharfe Widersprüche entwickelt. Ebenso z. B. in der Frage, wie man zur Bundeswehr stehen muß. Die offen sozialchauvinistischen Standpunkte, die zu diesen Fragen in verschiedenen Ausgaben der „Roten Fahne" vertreten wurden, sind bisher immer noch nicht zurückgenommen worden.

Die Auseinandersetzungen zwischen unserer Partei und der GRF haben immer klarer gemacht, daß es nur zwei Möglichkeiten gibt; entweder offen und ehrlich zuzugeben, daß die GRF auf halbtrotzkistischen und zentristischen Grundlagen gegründet wurde und ehrlich Selbstkritik zu üben, oder immer tiefer im opportunistischen Sumpf zu versinken. Entweder sich durch konsequente Kritik und Selbstkritik von den opportunistischen, sozialchauvinistischen Standpunkten zu lösen, oder den Weg in das Lager der Bourgeoisie vollends zu Ende zu gehen.

Alle Genossen in den Reihen der GRF, die ehrlich für die Einheit der Marxisten-Leninisten kämpfen wollen, müssen sich darüber klar sein, daß es so nicht weitergehen kann, wie bei den Diskussionsveranstaltungen der vergangenen Wochen, wo die GRF-Führer wilde Ausfälle gegen unsere Partei starteten, wenn wir sie aufforderten, zu ihren Gründungsdokumenten inhaltlich Stellung zu beziehen. Diese Dokumente legen eindeutig davon Zeugnis ab, daß die GRF-Führer, als sie ihre Organisation gründeten, eine Linie vertraten, die teilweise offen gegen den Marxismus-Leninismus gerichtet war. Sie beweisen: Ihre Politik war hauptsächlich durch den Einfluß trotzkistischer Theorien geprägt und beinhaltete den Versuch, den Marxismus-Leninismus mit dem modernen Revisionismus zu versöhnen. Wenn man die Gründungsdokumente der GRF mit der Grundsatzerklärung unserer Partei vergleicht und mit den Veröffentlichungen im „Roten Morgen", dann kommt man nicht um die Feststellung herum, daß die Gründung der GRF durch nichts zu rechtfertigen war, daß sie keineswegs, wie die GRF-Führung jetzt zynisch behauptet, wegen Fehlern und Abweichungen unserer Partei erfolgte. Wenn die GRF-Führer jetzt versuchen, diese Tatsachen zu vertuschen, daß sie eine von Grund auf falsche Linie verfolgten, so ist dies ein durch und durch betrügerisches Vorgehen, ein kalt berechneter Angriff gegen die Einheit der Marxisten-Leninisten. Daß Genossen der GRF 1970, und auch später noch, nicht klar zwischen Marxismus und Pseudomarxismus zu unterscheiden wußten, daß sie unter dem Einfluß von Trotzkisten wie z.B. Mandel standen und sich nicht bewußt waren, daß ihre Angriffe auf unsere Partei und auf die marxistisch-leninistischen Parteien anderer Länder spalterisch und gegen den Marxismus-Leninismus gerichtet waren, machen wir ihnen nicht zum Vorwurf, wenn sie bereit sind, offen und ehrlich Selbstkritik zu üben. Wir gehen davon aus, daß jeder, der die Interessen der Revolution über seine persönlichen Interessen stellt, fähig ist, seine Fehler zu überwinden.

Wer jedoch, wie jetzt die Führung der GRF, mit allen Mitteln versucht, die Wahrheit zu vertuschen, wer verhindern will, daß die opportunistischen Grundlagen der Gründung der GRF aufgedeckt, klar beim Namen genannt und zurückgewiesen werden, obwohl er weiß, daß sie mit dem Marxismus-Leninismus sich nicht vereinbaren lassen, der geht bewußt den Weg des Spaltertums weiter und er wird, wenn er nicht jetzt umkehrt, unvermeidlich im Lager der Konterrevolution enden.



ESSEN

Der presserechtlich Verantwortliche der Partei erhielt einen Strafbefehl über 900 DM („böswillige Verächtlichmachung und Beschimpfung der Bundesrepublik") wegen eines Flugblattes, in dem die Fahrpreiserhöhungen bei der Straßenbahn in Essen angeprangert worden waren.

DETMOLD

Zu 1 700 DM Geldstrafe wurden drei Genossen der „Liga gegen den Imperialismus" verurteilt, weil sie nach der Ermordung der fünf Genossen der FRAP im letzten Herbst Parolen gegen den Franco-Faschismus gemalt haben sollen.

DUISBURG

Die Polizei versucht immer stärker, diejenigen Genossen zu kriminalisieren, die als Zuschauer beim Prozeß gegen Genossen Hanfried Brenner Zeuge der Mißhandlungen an Genossen Günter Routhier wurden. Nach einer Anzahl anderer Anklagen erhielt Genossin Maicke Tuschen nun auch eine Anzeige wegen „Raubes". Angeblich soll sie vor mehr als einem Jahr während eines Prozesses gegen Peter Schulte einem Pressefotografen die Kamera gestohlen haben. Offensichtlich hatte es sich bei diesem „Pressefotografen" jedoch um einen Polizeispitzel gehandelt, der versuchte, Prozeßbesucher zu fotografieren. Daß diese neue Anzeige völlig aus der Luft gegriffen ist, zeigte sich, als die Genossin gegen ihren ausdrücklichen Protest diesem angeblichen Pressefotografen gegenübergestellt wurde. Er mußte nämlich zugeben, daß sie nicht diejenige war, die ihm die Kamera weggenommen hatte.

HAMBURG

Weil sie ein Flugblatt des KJVD, der Jugendorganisation des KABD, gegen Militarismus, Kriegsgefahr und Faschisierung verteilt haben, stehen in Hamburg 4 Genossen vor Gericht wegen „Verächtlichmachung der Bundesrepublik".

HEIDELBERG

Reza Mohadjer, dem ehemaligen AStA-Referenten der Heidelberger Universität, droht unmittelbar die Abschiebung in den faschistischen Iran. Zwei türkische Kommilitonen müssen ebenfalls befürchten, keine Aufenthaltsgenehmigung mehr zu erhalten. Sie hatten alle drei 1974 an der Besetzung des Akademischen Ausländeramtes teilgenommen, mit dem damals die Heidelberger Studenten gegen die Verhaftung eines Palästinensers protestiert hatten. Die Besetzer hatten damals Unterlagen beschlagnahmt, aus denen hervorging, daß das Ausländeramt mit dem CIA und anderen ausländischen Geheimdiensten zusammenarbeitete. Alle drei wurden deshalb vor Gericht gestellt. Ein Komitee gegen die drohenden Abschiebungen hat inzwischen den Kampf aufgenommen, an dem sich auch der KSB/ML in Heidelberg beteiligt.

DORTMUND

Am 14. 7. begann vor dem Amtsgericht der Prozeß gegen Thomas Luzcak, den ehemals presserechtlich Verantwortlichen der GRF (KPD). Genosse Thomas ist angeklagt wegen „böswilliger Verächtlichmachung der Bundesrepublik", wegen 12 Flugblättern der GRF (KPD), darunter auch Flugblätter zum Mord an Genossen Günter Routhier, sowie wegen Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz. Wie bereits im Prozeß gegen den „Roten Morgen" mußten sämtliche Zuschauer ihre Personalausweise abgeben. Auf Antrag der Staatsanwaltschaft wurden sämtliche Verfahren, die den Tod des Genossen Günter betreffen, abgetrennt. Sie könnten, so der Staatsanwalt, nicht vor einem normalen Amtsgericht verhandelt werden, wegen der besonderen Schwere des Falles. Das ist eine weitere Verschärfung dieses Staatsschutzprozesses. Am darauffolgenden Wochenende fand in Dortmund eine Demonstration gegen den Prozeß statt, bei der die Partei sich beteiligte und eine Grußadresse verlas.

Rechtsanwalt Croissant verhaftet

Verräter als Kronzeuge

Es ist klar: Mit dem neuen gekauften Kronzeugen Müller, der Anfang Juli im Stammheimer Prozeß aussagte, versucht die Bourgeoisie nicht nur, die Anklagen gegen die Gefangenen der RAF, die bisher auf tönernen Füßen standen, zu erhärten, sondern auch die Wahlverteidiger dieser Gefangenen auszuschalten. Unter Berufung auf die Behauptungen Müllers wurde bereits der Stuttgarter Rechtsanwalt Croissant verhaftet. Das ist ein neuer unverschämter Angriff, nicht nur auf die Stammheimer Gefangenen, sondern auf jede revolutionäre Verteidigung vor der Klassenjustiz überhaupt.

Wer ist Gerhard Müller? Ein gekauftes Subjekt, das sich in der Gefangenschaft angeblich aus „Überzeugung" von der RAF abwandte und seine Aussagen freiwillig machte. Die Bourgeoisie brauchte diesen neuen Kronzeugen dringend. Denn zu offensichtlich ist inzwischen, daß ihr bisheriger Standardzeuge Ruhland, der mit seinen Lügen viele Revolutionäre für Jahre hinter Gitter brachte, durch und durch unglaubwürdig ist. Auch die Aussage Hoffs blieb dürftig. So war Müllers Aussage wohlfeil! Er erhielt Hafterleichterung, die Isolationshaft wurde aufgehoben. Das Bundeskriminalamt suchte seinen Rechtsanwalt aus — man kann darüber spekulieren, wer ihn bezahlt. **Und vor allem: Obwohl Müller mit Sicherheit einen Polizisten erschossen hat, wurde er nicht wegen Mordes angeklagt. Die Mordanklage verschwand als „Geheimdokument" im Archiv des Gerichts, Müller erhielt 10 Jahre wegen Mordversuchs. Und das ist ein gewaltiger Unterschied — besonders dann, wenn vorzeitige Entlassung winkt, wie bei Ruhland.**

Es ist offensichtlich: Müller ist gekauft, seine Aussagen präpariert, nicht anders als bei Ruhland. Das zeigte sich auch im Prozeß: Wo der Zeuge stolperte, da half ihm der Richter. Unangenehme Fragen der Verteidiger wurden verboten. Wo immer Müller nicht aussagen wollte, aus Angst, sich zu entlarven, verweigerte er die Aussage, ohne daß das Gericht jemals Anstoß genommen hätte.

Müller ist ein Verräter, seine Zeugnisse keinen Pfennig wert. Rechtsanwalt Croissant muß freigelassen werden!

Beschlagnahmte Filme zurückgegeben

Wie wir im letzten „Roten Morgen" berichteten, hat die Staatsanwaltschaft Dortmund Filme der KPD/ML über die Beerdigung des Genossen Günter Routhier und den Überfall der Polizei auf die Trauergäste beschlagnahmt. Diese Filme hatte unsere Partei dem holländischen Fernsehen zu einer Sendung über die politische Unterdrückung in Westdeutschland zur Verfügung gestellt. Die Klassenjustiz versuchte zuerst Informationen von den Redakteuren der Fernsehsendung zu erhalten, was aber scheiterte, und beschlagnahmte dann die Filme, die als Luftfrachtsendung aus Holland zurückgeschickt wurden. Auf Grund des Protestes, den die Filmbeschlagnahmung überall auslöste, mußten die Filme in der vergangenen Woche zurückgegeben werden. Trotz der Beteuerung der Beamten, die den Film schließlich wieder herausrücken mußten, das Ganze sei mehr oder weniger ein Mißverständnis, ist ganz offensichtlich, daß die Klassenjustiz den gesetzwidriger Übergriff der Klassenjustiz ist, die offensichtlich hoffte, durch dieses Filmmaterial Informationen über die Partei und Material zu neuen Anklagen zu sammeln.

Korrespondenzen

Redaktion „ROTER MORGEN" Wellinghofer Str. 103 Postfach 30 05 26 4600 Dortmund 30

DIE FREUNDSCHAFT ZWISCHEN DEM ALBANISCHEN VOLK UND DEM DEUTSCHEN VOLK IST TIEF UND UNERSCHÜTTERLICH

Liebe Genossen,

gerade aus Albanien zurück, schicken wir euch diesen Bericht, weil er so lebendig zeigt, wie tief und unerschütterlich die Freundschaft des albanischen für das deutsche Volk ist.

In der Nähe von Korca besuchten wir eine LPG. Wir wurden sehr freundlich von dem Genossen Vorsitzenden der LPG empfangen. Er zeigte uns auch das kleine Museum des Dorfes, in dem der heldenhafte Freiheitskampf der Dorfbewohner gegen die Faschisten, besonders auch die deutschen, dargestellt ist. Gerade als Deutsche waren wir tief erschüttert. Auf dem Rückweg hielt unser Genosse Dolmetscher den Bus auf einmal im Dorf an und sagte, vielleicht wäre es gut, wenn wir auch einmal ein albanisches Bauernhaus von innen sähen.

Wir wurden freundlich in zwei Zimmer geführt und schnell waren 30 Sitzgelegenheiten da. Die ganze Familie begrüßte uns mit Handschlag – Großvater und Großmutter bis runter zum Urenkel waren alle da. Die Familie hatte uns offensichtlich nicht erwartet, aber sofort wurden wir wie liebe Gäste bewirtet. Der Altbauer bot uns Zigaretten an und es wurde ein selbstgebrauter Weinschnaps angeboten. Der Genosse Dolmetscher erklärte, daß wir eine Reisegruppe der KPD/ML seien. Daraufhin bedankte sich eine Genossin von uns – auch eine Bäuerin – für den herzlichen Empfang und schenkte dem Altbauern und seiner Frau unser Parteiabzeichen, das beide sich auch sofort ansteckten.

Dann erhob sich der Altbauer, ein alter Partisan. Seine Worte berührten uns tief:

„Liebe Freunde, für dieses Abzeichen danke ich euch von Herzen, für dieses Symbol! Darüberhinaus danke ich auch eurem Vorsitzenden und eurer Partei. Sie soll nach unserem Wunsche immer vorwärtsgehen, sie wird bestimmt wie unsere Partei sein, wie unser Enver Hoxha das wünscht. Ich sehe euch, ihr seid fast alles junge Menschen, ihr habt also das alte Albanien vor 30 Jahren bestimmt nicht gekannt. Ich will keine Ausnahme hier machen, aber es kann sein, daß eure Eltern, eure Verwandten, also die der alten Generation, hier in unserem Dorfe waren, geführt von Hitler. Wir waren damals so jung wie ihr heute seid. Ihr wißt nicht, liebe Freunde, was die damals in unserem Lande getan haben und besonders in diesem Dorfe. Es wurden 65 Männer und Frauen an die Wand gestellt. Und gerade von der Familie, die ihr heute besucht, wurden vier Mann genommen. Der Älteste, der damals ums Leben kam, war 40, der Jüngste 18. Eure faschistische Führung hatte bestimmt falsche Vorstellungen von unserem kleinen, armen Land. Unter Führung unserer Partei mit dem Genossen Enver Hoxha an der Spitze, kämpften wir damals mit allen Kräften gegen das faschistische System. Wir mußten damals 28 000 Gefallene auf dem Schlachtfeld lassen. Als wir das Land befreiten, bauten wir das neue Albanien auf – immer unter Führung der Partei. So denke ich auch, mit eurer Partei, mit eurer Führung, macht das, war wir damals gemacht haben: Kämpft, Freunde, für einen Staat, für ein Land, wie wir es heute haben! Das wollte ich euch sagen und damit wolle wollte ich euch begrüßen."

Später ergriff er noch einmal das Wort: „Ich möchte euch nochmal wünschen, aus dieser Gruppe sollte eine Gruppe mit tapferen Leuten und eine starke Partei werden. Ihr dürft nie Angst vorm Kampfe gegen den Imperialismus haben, nie Angst, dann werdet ihr bestimmt stärker als eure Feinde sein. Genau wie wir damals als ein kleines Land mit 1 Million Einwohner viel stärker als die Okkupanten waren, so werdet ihr unter Führung eurer Partei auch stärker sein. Ihr müßt so ein Deutschland schaffen, so ein hübsches, schönes Deutschland, wo nicht nur die Felder und Berge, sondern auch die Menschen blühen werden. Liebe Freunde, das kann nie schlafend geschehen, sondern mit dem Gewehr in der Hand. Kampf den Amerikanern! Kampf den modernen Revisionisten und allen Imperialisten! Schafft ein starkes Deutschland, ein wahres Deutschland, welches euch gehört! Viel Erfolg wünscht ich euch dafür!"

Zum Abschied sangen wir – die Familie und unsere Genossen – das Partisanenlied „Völker der Welt, Ihr müßt Euch rüsten". Der alte Partisan und seine Frau verabschiedeten sich, unser Parteiabzeichen tragend, mit erhobener Faust.

EINEINHALB JAHRE KRANK – KRANKENGELD GESTRICHEN, RENTE ABGELEHNT

Liebe Genossen!

Ich will Euch kurz an einem Beispiel schildern, was an dem Gerücht dran ist, daß wir in einem „Sozialstaat" leben: nämlich nichts! Nach dem Gesetz kann man innerhalb von 3 Jahren 78 Wochen, also 1 1/2 Jahre Krankengeld von der Krankenkasse beziehen. Dann wird man ausgesteuert d.h. man erhält kein Geld mehr von der Kasse, muß einen Rentenantrag stellen und sich so an den Rententräger wenden.

> Seit Januar 1974 zahlt die Krankenkasse auch bei längerem Krankenhausaufenthalt. Die Aussteuerung wurde abgeschafft.
>
> Mitgeteilt von der Bundesregierung.

Der beigelegten Anzeige der Bundesregierung entnimmt man nun den Satz: „Die Aussteuerung wurde abgeschafft." („Bunte" vom Mai 76).

Reine Lüge! Das gilt allein, wenn man länger als 78 Wochen im Krankenhaus liegt. Ich habe nun „nur" 10 1/2 Monate im Krankenhaus verbracht, wurde dann knapp 8 Monate draußen weiterbehandelt und dann, da es mir nicht gut ging, wieder eingeliefert. Als ich nun 1 1/2 Jahre krank war, bekam ich von der Kasse den Bescheid: ausgesteuert, und von der LVA folgte kurz darauf per Einschreiben Rente abgelehnt, berufliche und medizinische Rehabilitationsmaßnahmen nicht erforderlich (3 Tage später war ich als Eilfall wieder eingewiesen worden), und es sei mir „anheim" gestellt, mich an das Sozialamt zu wenden, wenn meine eigenen Mittel zum Lebensunterhalt nicht ausreichen würden.

Seit 10 Wochen nun schmoren da Anträge, Belege, Bescheinigungen, Befunde usw. Nur Geld habe ich noch nicht gesehen. Dafür muß man dann angeben, wofür man sein Geld ausgibt – auf Heller und Pfennig. Der Witz dabei ist, daß meine Frau arbeitet und somit gesetzlich dazu verdonnert ist, mich jetzt zu ernähren. Nach Abzug aller festen Kosten haben wir immerhin 250 DM monatlich für Essen, Kleidung, Fahrtkosten usw. Nun, ich habe gegen diverse Bescheide vom Versorgungsamt, der LVA usw. Widerspruch eingelegt. Als ich mich bei einer Anwältin erkundigte, was mit den Kosten vom Sozialgericht, Armenrecht usw. ist, erklärte sie mir: Egal, ob man da gewinnt oder verliert: die Kosten muß in jedem Fall ich selber tragen.

Das ist eben der „Sozialstaat", und wer dagegen angeht, muß schon „böswillig" sein. Kommentar überflüssig.

Ein Genosse aus Bremen.

Geschichte der KPdSU (B) neu aufgelegt

In diesen Tagen erschien im Verlag ROTER MORGEN eine neue Auflage der Stalinschen „Geschichte der KPdSU (B) – Kurzer Lehrgang". Diese Neuauflage entspricht einem dringenden Bedürfnis vieler Genossen und Freunde, Teilnehmern der Schulungskreise des Parteigrundschuljahres und am Marxismus-Leninismus interessierter Menschen. Der „Kurze Lehrgang", 1971 als Band 15 der auf Beschluß des ZK der KPD/ML erschienenen „Gesammelten Werke Josef W. Stalins" herausgekommen, war schon seit längerem vergriffen und liegt jetzt erneut, als Einzelausgabe, vor.

Die Bedeutung der *„Geschichte der KPdSU (B) – Kurzer Lehrgang"* für das Studium und die Meisterung der Wissenschaft des Marxismus-Leninismus ist sehr groß. Generationen von Kommunisten, nicht nur in der Sowjetunion, sondern in der ganzen Welt, wurden mit Hilfe dieses Buches erzogen.

Der *„Kurze Lehrgang"* erschien zum ersten Mal im Jahre 1938 als Werk einer Kommission des Zentralkomitees der KPdSU (B) unter Leitung von Genossen Josef W. Stalin. In einem Beschluß des ZK der KPdSU (B) über das Erscheinen dieses Werkes heißt es: *„Die Herausgabe des* ***„Kurzen Lehrgangs der Geschichte der KPdSU (B)"*** *ist eines der größten Ereignisse im ideologischen Leben der bolschewistischen Partei. Mit dem Erscheinen des* ***„Kurzen Lehrgangs"*** *erhielt die Partei eine neue mächtige ideologische Waffe des Bolschewismus, eine Enzyklopädie* (umfassende wissenschaftliche Darstellung – RM) *der grundlegenden Kenntnisse auf dem Gebiet des Marxismus-Leninismus. Der Lehrgang der Geschichte der Partei ist eine wissenschaftliche Geschichte des Bolschewismus, ... ist eines der wichtigsten Mittel zur Lösung der Aufgabe, den Bolschewismus zu meistern, die Parteimitglieder mit der marxistisch-leninistischen Theorie, d.h. mit der Kenntnis der Gesetze der gesellschaftlichen Entwicklung und des politischen Kampfes auszurüsten ..."*

Das Wichtigste am *„Kurzen Lehrgang"* ist, daß er nicht nur zeigt, wie der Leninismus – der Marxismus in der Epoche des Imperialismus also – und die kommunistische Partei entstanden und sich im ununterbrochenen Kampf gegen alle Formen des Opportunismus und Revisionismus entwickelten, sondern daß sich anhand des Studiums des *„Kurzen Lehrgangs"* auch lernen läßt, wie Lenin und Stalin die revolutionäre Theorie des Marxismus auf die Praxis der Revolution in Rußland anwandten und so das russische Proletariat zu dem welthistorischen Sieg der sozialistischen Oktoberrevolution und zum Aufbau des Sozialismus führten.

Genosse Mao Tsetung sagte 1941, als die Kommunistische Partei Chinas eine umfassende Ausrichtungsbewegung zur Verbesserung der marxistisch-leninistischen Erziehung der Partei durchführte: *„... dabei muß mit der Methode, den Marxismus-Leninismus statisch und isoliert zu studieren, Schluß gemacht werden. Als wichtigstes Material für das Studium des Marxismus-Leninismus muß die* ***Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki), Kurzer Lehrgang*** *dienen. Das ist die beste Synthese und Verallgemeinerung der Erfahrungen der internationalen kommunistischen Bewegung in den letzten hundert Jahren, ein Musterbeispiel an Verbindung von Theorie und Praxis, das in dieser Vollkommenheit bisher einzig in der Welt dasteht. Wenn wir sehen, wie Lenin und Stalin die allgemeingültige Wahrheit des Marxismus mit der konkreten Praxis der sowjetischen Revolution integriert und auf dieser Grundlage den Marxismus weiterentwickelt haben, dann wissen wir wohl, wie wir bei uns in China zu arbeiten haben."*

Es ist deshalb kein Wunder, wenn heute die modernen Revisionisten, allen voran die sowjetischen, den Stalinschen *„Kurzen Lehrgang"* scheuen wie der Teufel das Weihwasser. Als sie in den ehemals kommunistischen Parteien noch um die Macht kämpften, hintertrieben sie das Studium des *„Kurzen Lehrgangs"*, wo sie konnten. In der KPD beispielsweise verschwand er bereits ab 1954 aus den Schulungsplänen der Partei. Wo sie aber die Macht gänzlich eroberten und die Entartung der Partei unwiderruflich war, wurde das Studium des *„Kurzen Lehrgangs"* völlig unterdrückt. Einst in fast alle bedeutenden Sprachen der Welt übersetzt und in Millionen von Exemplaren verbreitet, ist das Buch heute in den von den Revisionisten beherrschten Ländern nahezu vollkommen verschwunden. Das ist kein Wunder deswegen, weil die ruhmreiche Geschichte der bolschewistischen Partei Lenins und Stalins deutlich macht, wie tief die modernen Revisionisten den Namen der KPdSU (B) in den Schmutz gezogen haben und daß sie die Prinzipien des Leninismus und der leninistischen Partei restlos verraten haben: Weil der *„Kurze Lehrgang"* den marxistisch-leninistischen Parteien den Weg weist, den Revisionismus zu schlagen und so der Revolution zum Sieg zu verhelfen.

Ebensowenig wie die revisionistischen Cliquen das Werk und das Andenken Stalins auslöschen konnten, ist es ihnen gelungen, die *„Geschichte der KPdSU (B)"* und ihre Lehren zu unterdrücken und vergessen zu machen. Die marxistisch-leninistische Weltbewegung mit der Kommunistischen Partei Chinas und der Partei der Arbeit Albaniens an der Spitze hat ihr Erbe übernommen und weitergetragen. Das Werk Lenins und Stalins ist unsterblich. Man wird die *„Geschichte der KPdSU (B) – Kurzer Lehrgang"*, ihre berühmten „Sechs Schlußfolgerungen" oder das von Genossen Stalin eigens für den *„Kurzen Lehrgang"* geschriebene Werk „Über den dialektischen und historischen Materialismus" noch studieren, wenn die konterrevolutionären revisionistischen Phrasen eines Breschnew, der Honecker, Mies, Marchais oder Berlinguer schon auf dem Müll der Geschichte gelandet und vergessen sind.

Zur Auseinandersetzung im KABD

Kampf der Versöhnung mit dem modernen Revisionismus

Im Verlauf der letzten 12 Monate sind die Widersprüche im KABD, einem rechtsopportunistischen Zirkel, der vor allem in Baden-Württemberg arbeitet, immer schärfer geworden. Die Kritik vieler Mitglieder richtete sich gegen die immer offener vertretene rechtsopportunistische Linie und Politik dieser Organisation. Die Führung suchte die Kritik zu ersticken mit Diffamierung, Ausschlüssen und mit einer „linkeren" Aufmachung der Zeitung des KABD, der „Roten Fahne". Doch die Kritik vieler Mitglieder verschärfte sich, so daß die Organisation sich spaltete: Die saarländischen sowie die Mehrheit der hessischen Mitglieder trennten sich vom KABD. In der Folge wurden vier neue Zirkel gegründet. Da sich seit längerem in Tübingen, Stuttgart, Heilbronn, Saarbrücken und Kassel Mitglieder und ehemalige Genossen des KABD auch an die KPD/ML gewandt haben, um die Linie der Partei näher kennenzulernen und sich mit ihr auseinanderzusetzen, werden wir hier kurz auf einige Fragen zum KABD eingehen.

Ein wichtiger Punkt der Auseinandersetzung im KABD ist die Frage der Haltung zum modernen Revisionismus. Viele Genossen kritisieren, daß die KABD-Führung den Kampf gegen den modernen Revisionismus als „lästig" betrachtet, der nur von der Arbeit im Betrieb abhält. Bereits im „Roten Morgen" Nr. 50/75 sind wir ausführlich auf die Haltung des KABD zum modernen Revisionismus eingegangen. Die Antwort des KABD bestand lediglich in der Feststellung der „Roten Fahne": „Ernst Aust besitzt die Unverschämtheit, eine völlig nebensächliche Frage (Aktionseinheit mit DKP) als entscheidende Trennlinie zwischen KABD und KPD/ML herauszustellen ..." Aktionseinheit mit den modernen Revisionisten – eine völlig nebensächliche Frage? Genosse Enver Hoxha erklärte dazu:

„Nach Meinung unserer Partei steht heute auf der Tagesordnung als großes aktuelles Problem nicht die Versöhnung und die Einheit mit den Revisionisten, sondern die Loslösung, die endgültige Trennung von ihnen."

Der KABD aber hat sich keineswegs endgültig und in jeder Hinsicht von den Revisionisten gelöst. Das zeigt sich nicht nur in seiner Haltung zur Aktionseinheit mit dem Revisionismus, sondern auch in dem ideologischen Einfluß, den der moderne Revisionismus auf die Politik und die ideologischen Grundlagen des KABD hat.

Ein klares Beispiel dafür ist, wie der KABD den Kampf für den gewaltsamen Sturz des Kapitalismus und für die Diktatur des Proletariats an letzte Stelle, den Kampf um betriebliche Teilforderungen, den Kampf um Tagesfragen jedoch an die erste Stelle setzt. Wie stehen die Marxisten-Leninisten zur Frage des Eingreifens in die Tageskämpfe, wie verhält sich der Tageskampf zum Kampf um die proletarische Revolution?

„Das Verhältnis von Reformen und Revolution", sagt Lenin, *„ist nur vom Marxismus genau und richtig bestimmt worden ...: Reformen sind das Nebenprodukt des revolutionären Klassenkampfes des Proletariats. Für die ganze kapitalistische Welt bildet dies Verhältnis das Fundament der revolutionären Taktik des Proletariats, das ABC, das die käuflichen Führer der II. Internationale und die halbpedantischen, halb affektierten Ritter der zweieinhalbten Internationale verdrehen und verleugnen."* (Werke Bd. 33, S. 96) Und an anderer Stelle betont Lenin: *„Wer wüßte denn nicht, daß wir Sozialdemokraten nicht gegen den Kampf für Reformen sind? Daß wir uns aber zum Unterschied von den Sozialpatrioten, zum Unterschied von Opportunisten und Reformisten, nicht auf den Kampf für Reformen beschränken, sondern ihn dem Kampf für die Revolution unterordnen?... Wir sind nicht gegen Wahlen und gegen Reformen zur Milderung der Teuerung, aber an die erste Stelle setzen wir die wahrheitsgetreue Aufklärung der Massen, nämlich darüber, daß es unmöglich ist, die Teuerung anders zu überwinden, als durch die Expropriierung der Banken und Großbetriebe, d. h. durch die sozialistische Revolution."* (Werke, Bd. 23, S. 230 f) Eben dies ist auch die Linie der KPD/ML seit ihrer Gründung gewesen. Sie hat stets in die Kämpfe gegen Lohnraub, Teuerung, Arbeitslosigkeit und politische Unterdrückung eingegriffen, die Arbeiter in ihren Kämpfen unterstützt und im Kampf gegen den vollständigen Verrat der modernen Revisionisten Lenins Rat in die Tat umgesetzt und *„auf den ersten Plan die systematische Verbreitung des Gedankens der sofortigen sozialistischen Revolution"* gestellt und *„– um die Sache ein bißchen mechanisch aber drastisch auszudrücken – in jeder halbstündigen Rede 5 Minuten von Reformen, 25 Minuten von der kommenden Revolution" gesprochen* (Lenin, Werke, Bd.23,S.158f.). Die modernen Revisionisten haben dafür in ihrem Haß gegen die proletarische Revolution und die Diktatur des Proletariats die KPD/ML stets als „Chaoten" und „Sektierer" verleumdet. Daß der KABD dabei mit den Revisionisten ins gleiche Horn bläst, ist keineswegs ein Zufall.

KABD und Tageskampf: Purer Ökonomismus

Wie steht der KABD zum Tageskampf? Ordnet er den Kampf für Reformen dem Kampf für die Revolution unter? Das jüngste „Arbeiterkampfprogramm" des KABD gibt darüber eindeutig Aufschluß: Dort werden als zentrale Parolen ausgegeben: „ Für die 35 Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich!" und „Für ein allseitiges und vollständiges gesetzliches Streikrecht!" Im Text heißt es dazu: „Der Kampf um diese wirtschaftlichen und politischen Forderungen, die den Charakter von Reformen haben, **steht für die nächste Zeit im Vordergrund.**" (S. 11) – Von proletarischer Revolution keine Rede, geschweige denn, daß ihre Propagierung als wichtigste Aufgabe bezeichnet wird. Dieses neue „Arbeiterkampfprogramm" ist die konsequente Fortsetzung des „Aktionsprogramm gegen die Monopoloffensive", das 1972 vom ersten Zentralen Delegiertentag des KABD verabschiedet wurde: Das Wort „Revolution" taucht in dem ganzen Aktionsprogramm nicht auf. Lediglich auf der letzten Seite wird verschämt in einer Zeile von der „sozialen Befreiung ganz Deutschlands" gesprochen.

Die Grundlagen des KABD, die nach eigenen Aussagen aus seinem „Grundsatzprogramm" sowie verschiedenen Ausgaben des theoretischen Organs „Revolutionärer Weg" bestehen, stehen dem Rechtsopportunismus der KABD-Führung nicht etwa entgegen, sondern sind vielmehr gerade das theoretische Fundament des offenen Ökonomismus und Opportunismus. Dort wird zur Frage des Kampfes um die proletarische Revolution und die Diktatur des Proletariats eine Etappentheorie konstruiert, die Lenin schon bei den alten Ökonomisten vom Schlage Martynow grundlegend als bürgerlich entlarvt hat. In der „ersten Etappe", heißt es im „Revolutionären Weg" Nr. 6, müsse man Teillosungen und Teilforderungen – also Forderungen nach Reformen – aufstellen, „um den Kampfwillen der Arbeiter durch Auslösung von Streiks um Tagesforderungen zu wecken und die proletarischen Massen langsam zu revolutionieren". In der „zweiten Etappe", der „Etappe der akut revolutionären Situation", müßten die Tagesforderungen und Tageskämpfe mit politischen Forderungen immer stärker verknüpft werden."

Das Konzept, das dahinter steckt, lautet: die Arbeiter im Tageskampf zusammenzuschließen, den Kampf „anheizen", ihn über den Betrieb hinaus auszuweiten, immer breitere Teile des Volkes im ökonomischen und demokratischen Kampf zusammenzuschließen und den Kampf immer höherzutreiben bis zur Revolution. – Eben dieses Stadienkonzept hat Lenin in seiner Schrift „Was tun?" als den Versuch zurückgewiesen, die Arbeiter von der Revolution abzuhalten: *„Mit einem Wort, wie der Teil dem Ganzen untergeordnet ist, ordnet sie* (die revolutionäre Partei – RM) *den Kampf für Reformen dem revolutionären Kampf für Freiheit und Sozialismus unter. Martynow aber läßt in anderer Form die Stadientheorie wiederauferstehen und ist bemüht, dem politischen Kampf unbedingt einen sozusagen ökonomischen Weg der Entwicklung vorzuschreiben ... zerrt die Arbeiter nach rückwärts und arbeitet sowohl dem ‚ökonomistischen' als auch dem liberalen Opportunismus in die Hände."* (Bd. 5, S. 419)

Hinter dieser Theorie, die Massen erstmal im ökonomischen Kampf „anzuheizen" und dann langsam – wenn die revolutionäre Situation akut ist(!) - mit politischen Forderungen vertraut zu machen, steckt im Grunde die Auffassung von der „Dummheit der Arbeiter", die sich doch nur für den Betrieb interessieren und von Politik nichts wissen wollen. Und es ist geradezu eine Verhöhnung der Arbeiterklasse, wenn diese Auffassung von der „Rückständigkeit der Massen" als besonders „arbeiterverbunden" hingestellt wird.

Die KPD/ML hat seit ihrer Gründung betont, daß der Propagierung, der gewaltsamen proletarischen Revolution und der Errichtung der Diktatur des Proletariats gerade angesichts des vollständigen Verrats durch die revisionistisch entartete KPD und die D„K"P-Revisionisten außerordentliche Bedeutung zukommt, um erneut die Avantgarde des Proletariats für den Kommunismus zu gewinnen. Daß gegen diese marxistisch-leninistische Position der KABD unter viel Geschrei vom „Kampf gegen Sektierertum und Dogmatismus" seine opportunistischen Grundlagen geschaffen hat, zeigt nur um so deutlicher, daß diese Grundlagen eine Konzession an den modernen Revisionismus sind, daß in ihnen selbst der revisionistische Wurm steckt.

Daß in den ideologischen Grundlagen des KABD versucht wird, Marxismus-Leninismus und modernen Revisionismus miteinander zu versöhnen, das zeigt auch die Geschichte. Die Gründung des KABD selbst war ein spalterischer Akt gegen die marxistisch-leninistische Linie, auf der sich zur Jahreswende 1968/69 die Marxisten-Leninisten zu einer wahrhaft kommunistischen Partei erneut zusammenschlossen, der KPD/ML.

Die Enstehung des KABD: Im Kampf gegen die Gründung der marxistisch-leninistischen Partei

Die endgültige revisionistische Entartung der KPD, die Zerstörung der bolschewistischen Partei durch die modernen Revisionisten, machte es in Deutschland wie in vielen Ländern der Welt notwendig, im Kampf gegen den modernen Revisionismus erneut eine wahrhaft marxistisch-leninistische Partei zu gründen. Es galt, dem Proletariat in unserem Lande wieder eine marxistisch-leninistische Führung zu geben. Diesem Schritt ging ein unerbittlicher Kampf gegen den modernen Revisionismus für den Zusammenschluß aller wahrhaften Marxisten-Leninisten voraus. Daher war die Gründung der Partei, der KPD/ML, um die Jahreswende 1968/69 ein schwerer Schlag gegen den modernen Revisionismus. Mag die Partei auch schwach und klein gewesen sein, entscheidend war, daß ihre Gründung eine endgültige Trennung vom modernen Revisionismus bedeutete. Damals waren alle marxistisch-leninistischen Gruppen Westdeutschlands an der Gründung der KPD/ML beteiligt – bis auf die Mannheimer „Rebell-Gruppe", dem Vorläufer des KABD. Diese Gruppe versuchte die Gründung der Partei, diesen bedeutenden Sieg über den modernen Revisionismus, unter Vorwänden zu verhindern. Und als ihr dies nicht gelang, weil die marxistisch-leninistischen Genossen die Gründung der Partei konsequent verteidigten tete sie die Einheit der Marxisten-Leninisten in diesem außerordentlich wichtigen Kampf gegen den modernen Revisionismus und siedelte sich danach zwischen den marxistisch-leninistischen Positionen der Partei und dem Revisionismus der D„K"P als „eigenständiger" Zirkel an.

Sie tat dies unter dem Vorwand, an dem der KABD noch heute festhält, daß erst ein voll ausgearbeitetes Programm, ausgebildete erfahrene Kader sowie die Verankerung in mindestens allen Großstädten die Voraussetzung für eine Gründung der Partei sei. Um diese Voraussetzungen zu erfüllen, sei jedoch erst ein Stadium notwendig, in dem sich Zirkel bilden, die all diese Aufgaben wahrnehmen müßten und die sich dann Schritt für Schritt zur Partei vereinigen. Hinter diesem Anspruch steckt nichts anderes als die Forderung nach einer „Supergründung" einer blitzsauberen Partei, die es aber tatsächlich niemals geben wird. Inzwischen sind bereits sieben Jahre vergangen – doch die „Rebell-Gruppe" ist das geblieben, was sie war: ein durch und durch opportunistischer Zirkel. Und wie damals die „Rebell-Gruppe" eine marxistisch-leninistische Parteigründung zu verhindern suchte, so sucht heute der KABD die Einheit der Marxisten-Leninisten in der einen bolschewistischen Partei zu verhindern, indem er auch heute noch gegen die KPD/ML mit seiner Zirkeltheorie ankämpft.

Heute begründet die KABD-Führung ihre Zirkeltheorie vor allem damit, daß es in Rußland vor der Gründung der Partei ebenfalls eine Zirkelphase gegeben habe, die Lenin als notwendig bezeichnet habe. Zweifellos hat Lenin dies getan – und dennoch verdreht die KABD-Führung Lenin selbst, um den eigenen Opportunismus zu rechtfertigen. Denn der grundlegende Unterschied zwischen den Aufgaben in Rußland damals und den Aufgaben der Marxisten-Leninisten im Jahre 1968 liegt in der konkreten Situation. Damals konnte noch keine Partei in Rußland gegründet werden, weil es die Grundlagen der Partei, die Grundlagen jeder revolutionären Politik erst zu schaffen galt. Lenin stellte dazu fest: *„Alle späteren Streitigkeiten zwischen den Sozialdemokraten galten der Frage, welche Richtung die politische Tätigkeit der Arbeiterpartei in diesem oder jenem Einzelfall einschlagen sollte. Damals aber handelte es sich darum, die allgemeinsten Grundlagen und die grundlegenden Aufgaben jeder sozialdemokratischen Politik überhaupt zu bestimmen."* (Werke, Bd. 13, S. 97).

War das jedoch die Situation, vor der die Marxisten-Leninisten 1968 nach der revisionistischen Entartung der KPD standen? Keineswegs. Es gab die marxistisch-leninistischen Grundlagen, die Festlegung „der Aufgaben **jeder** sozialdemokratischen Politik überhaupt". die seit der Gründung der KOMINTERN in der internationalen Generallinie besteht.

Schauen wir uns an, wie die Genossen der Partei der Arbeit Albaniens alle notwendigen Vorausetzungen für die Gründung der albanischen Kommunistischen Partei bestimmten. Diese Voraussetzungen waren folgende:

„Erstens existierte die marxistisch-leninistische Theorie, die Ideologie der Kommunistischen Partei...

Zweitens existierte in Albanien auch die Arbeiterklasse bei der Bildung der Partei...

Drittens existierte in Albanien auch eine kommunistische Bewegung ..."

Eben diese notwendigen Voraussetzungen waren 1968 voll und ganz vorhanden. Und somit war der erste Schritt zum Aufbau der Partei, nämlich ihre Gründung auf den Grundlagen der marxistisch-leninistischen Theorie, korrekt und für den Kampf des Proletariats zugleich auch unbedingt notwendig. Die Grundlagen des KABD aber sind nicht nur nicht angetan, die marxistisch-leninistische Partei aufzubauen, sondern sie sind geschaffen worden, im Kampf gegen die Partei, mit der Absicht, ihre Gründung zu verhindern – und nach der Gründung, sie zu spalten. **Damit zeigt sich, daß bereits die Grundlagen des KABD gegen die marxistisch-leninistischen Positionen geschaffen wurden und von Anfang an den Marxismus-Leninismus mit dem modernen Revisionismus zu versöhnen suchte.**

Entscheidend ist die Haltung zum modernen Revisionismus

Der Kampf gegen den Rechtsopportunismus der KABD-Führung, der sich innerhalb des KABD in den letzten Monaten immer schärfer entwickelt hat, ist eine gute Sache, die dazu dienen kann, die Einheit der Marxisten-Leninisten auf der Grundlage der Prinzipien des Marxismus-Leninismus voranzutreiben. Zugleich aber gibt es in dieser Bewegung der Kritik auch eine falsche Strömung, die die Kritikbewegung zurückzuzerren versucht. Sie behauptet: Der immer offenere Rechtsopportunismus der KABD-Führung sei darauf zurückzuführen, daß die Führung sich von den Grundlagen des KABD entfernt habe. Und: Man müsse neu auf diesen Grundlagen des KABD beginnen. Doch kann man auf durch und durch opportunistischen Grundlagen den Kampf gegen den Rechtsopportunismus konsequent führen? Nein, denn diese Grundlagen selbst sind die Wurzel des Rechtsopportunismus des KABD, der immer offener seine Blüten treibt. Den Rechtsopportunismus der KABD-Führung zu bekämpfen, – das verlangt, sich vollständig auf die Prinzipien des Marxismus-Leninismus zu stellen, heißt, wie Genosse Enver Hoxha feststellt, die vollständige Loslösung vom Revisionismus, die endgültige Trennung herbeizuführen. **Erst auf der Grundlage einer prinzipienfesten Haltung gegen den modernen Revisionismus ist es möglich, den revisionistischen Wurm, der in den Grundlagen des KABD selbst steckt, zu bekämpfen und auszurotten. Diesen Kampf gegen die opportunistischen Grundlagen des KABD, gegen den Versuch, Marxismus-Leninismus und modernen Revisionismus miteinander zu versöhnen, fordern wir alle Genossen des KABD – auch die Genossen, die den KABD verlassen haben, gemeinsam mit unserer Partei aufzunehmen. Vertieft mit uns die Diskussion über die Politik und die Grundlagen des KABD, um gemeinsam den Kampf für die Einheit der Marxisten-Leninisten auf prinzipienfester Grundlage voranzutreiben.**

Aus aller Welt

SÜDAFRIKA

Die südafrikanischen Faschisten haben weitere Unterdrückungsmaßnahmen durchgeführt, um den Kampf der eingeborenen Bevölkerung niederzuhalten. Sie verboten alle Versammlungen der schwarzen Bevölkerung im ganzen Land. Die Schulen blieben weiter geschlossen, da die einheimische Bevölkerung für den Tag der Wiedereröffnung neue Demonstrationen geplant hat. Die Angst der weißen Unterdrücker zeigt sich auch in einer weiteren Maßnahme des Vorster-Regimes. Allen Weißen wurde der Zutritt zum Neger-Getto Soweto, wo im Juni schwere Straßenkämpfe stattgefunden hatten, untersagt, weil die Regierung das Leben und die Sicherheit der Weißen nicht mehr garantieren kann. Bewaffnete Guerrillas stürmten wenige Tage später einen Verwaltungsposten in einer südafrikanischen Großstadt, töteten einen Beamten und verletzten weitere schwer.

PALÄSTINA

Die israelischen Zionisten setzen ihre Politik der Kolonialisierung der besetzten Gebiete fort. Inzwischen sind weit über 25 000 Israelis dort angesiedelt worden, während die einheimische Bevölkerung vertrieben wird. In der Stadt Nablus, wo Demonstrationen und Straßenkämpfe den Besatzern schweren Schaden zugefügt hatten, zogen die Zionisten weitere Truppen zusammen und verhängten eine Ausgangssperre. Doch weder Massenverhaftungen — in der letzten Zeit wurden über 3 000 Menschen verhaftet — noch das Niederknüppeln von Demonstrationen können den Kampf des palästinensischen Volkes stoppen. Vor wenigen Tagen erst legten palästinensische Partisanen in Tel Aviv und Jerusalem durch starke Sprengladungen das gesamte Stromnetz lahm.

VR KOREA

Ende Juni protestierten mehrere gesellschaftliche Organisationen der DVR Korea sowie die chinesisch-koreanische Seite der koreanischen Waffenstillstandskommission nachdrücklich gegen die ständigen Verletzungen und Provokationen der US-Imperialisten und der Pak-Jung-Hi-Clique gegenüber Nordkorea. Sie erklärten: „Damit die derzeit in Korea existierende Spannung beseitigt und die unabhängige Vereinigung des Landes verwirklicht werden kann, müssen die amerikanischen imperialistischen Aggressoren unverzüglich ihre Einmischungen in die inneren Angelegenheiten Koreas und ihre provokatorischen Kriegsmanöver einstellen sowie ihre Truppen und Ausrüstungen aus Südkorea abziehen."

BOLIVIEN

Entgegen den Meldungen der bolivianischen Regierung setzen die Bergarbeiter ihren Streik fort. Die rund 50 000 Kumpel hatten, trotz Massenentlassungen und zahlreichen Verhaftungen, ihren Kampf nie aufgegeben und fordern weiter höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen. Damit dauert der Streik nun mehr als einen Monat an.

OSTTIMOR

In den Kämpfen der letzten Wochen hat die Befreiungsbewegung FRETILIN ein Dorf nahe der Hauptstadt Dili von den indonesischen Besatzern befreit und 380 feindliche Soldaten getötet.

FRANKREICH

Zu schweren Kämpfen zwischen der Polizei und Demonstranten kam es in Grenoble. Dort kämpft die Bevölkerung gegen die Errichtung eines Kernkraftwerkes. Mit Tränengas und Schlagwaffen vertrieb die Polizei zweimal innerhalb weniger Tage die aufgebrachten Menschen, die die Baustelle besetzen wollten, und verletzte viele von ihnen schwer.

ZIMBABWE

Die Patrioten von Zimbabwe kämpfen heute in allen Gebieten des Landes und erringen vor allem an den beiden wichtigsten Fronten im Norden und Süden große Erfolge. Nach wichtigen Aktionen vor einigen Tagen, 30 km von der Hauptstadt entfernt, griffen sie Mitte Juli einen Stützpunkt in der Nähe Salisburys an. Sie zerstörten zwei Tankstellen und schlugen die Rassistentruppen in die Flucht, die dabei viel Kriegsmaterial zurückließen. Bei einem Angriff auf einen Militärstützpunkt im Nordosten des Landes töteten sie etwa 50 Soldaten des faschistischen Regimes. Der Vertreter Zimbabwes erklärte zur gleichen Zeit in der UNO, daß sein Volk fest davon überzeugt ist, daß es außer dem bewaffneten Kampf kein anderes Mittel gibt, den endgültigen Sieg zu erringen, und daß es sich auf keinen Kuhhandel und Schacher einlassen wird.

USA

Anfang Juli unterzeichnete Ford, der Chef der US-Imperialisten, ein neues Militärhilfegesetz. Demnach beläuft sich die Militärhilfe, die die USA an proamerikanische Regimes bis Ende September 1977 verteilt, auf fast 7 Milliarden Dollar. Allein die Hälfte davon ist für den Nahen Osten bestimmt, vor allem für Israel. Weitere 75 Millionen Dollar erhalten die rassistischen Regimes in Südafrika, was beweist, daß auch sie nach wie vor von den US-Imperialisten gestützt werden.

SPENDET FÜR DEN AUFBAU DES BEFREITEN KAMBODSCHA
Vorstand der KPD/ML
— Spendenkonto —
Stadtsparkasse Dortmund
Kto.-Nr. 321 004 547
Stichwort: KAMBODSCHA

SOWJETUNION

Nach Angabe sowjetischer Zeitungen haben in der letzten Zeit 292 Betriebe etwa 70 000 Arbeiter entlassen. 10% der werktätigen Frauen waren gezwungen, ihre Arbeit aufzugeben, weil sie aufgrund der ständig steigenden Arbeitshetze gesundheitlich nicht in der Lage waren, in der Produktion zu arbeiten und gleichzeitig Haushalt und Kinder zu versorgen. Damit hat sich das Problem der Arbeitslosigkeit in der revisionistischen UdSSR weiter verschärft.

AUSTRALIEN

Aus Protest gegen die staatliche Gesundheitspolitik traten am 12. Juli zwei Millionen Australier in einen landesweiten Generalstreik. Alle Verkehrsmittel, auch die internationalen Flüge und Schiffsverbindungen, lagen still; die Fabriken waren geschlossen und die Verwaltung legte die Arbeit nieder. Dieser Streik ist der größte in der ganzen australischen Geschichte.

NORWEGEN

In Oslo und Tromsoy demonstrierten am 8. Juli mehrere hundert Norweger gegen sowjetische Militärübungen in der Barents-See. In Oslo formierten sich die Demonstranten vor der sowjetischen Botschaft und riefen Parolen wie: „Die sowjetischen Militärübungen sind eine Bedrohung Norwegens". „Wir widersetzen uns der Supermachtspolitik der Aggression!"

PHILIPPINEN

Bei Manövern der US-Marine vor der philippinischen Küste haben die US-Imperialisten sechs philippinische Fischer ermordet.

Spanien: Mutter von drei Kindern erschossen

60 000 gaben ihr das letzte Geleit

In Spanien hat der König ein neues Kabinett ernannt. Ein neues Manöver, um die Völker Spaniens mit Demokratisierungsversprechen zu betrügen und das Leben der monarchofaschistischen Diktatur zu verlängern.

Aber welche Maske sich Juan Carlos auch umhängen mag, wen die spanische Oligarchie und die hinter ihr stehenden amerikanischen Imperialisten auch ins Rampenlicht stellen, um ihre politischen Geschäfte zu leiten — das Leben selbst zeigt den unterdrückten und ausgebeuteten spanischen Volksmassen, daß sie sich erheben müssen, um die faschistische Monarchie zu zerschlagen und die wirkliche Freiheit und Unabhängigkeit zu erringen. Die neue Regierung übernahm ihr Amt zu einer Zeit, wo in den Städten Spaniens fast täglich Hunderttausende Menschen für demokratische Rechte, für bessere Arbeitsbedingungen und gesicherte Löhne demonstrieren. Und nicht anders als ihre Vorgängerin auch, ließ sie gegen die demonstrierenden Volksmassen die faschistische Polizei aufmarschieren, um die Demonstrationen mit Gewalt niederzuschlagen. **In Santurce, einem Vorort von Bilbao, ermordeten am 12. Juli drei zivile Spitzel der Guardia Civil durch Pistolenschüsse die 46jährige Hausfrau Begona Mancheca, Mutter von drei Kindern, die sich an einer Demonstration von tausend Menschen für die Freilassung der politischen Gefangenen beteiligt hatte.** Ebenfalls am 12. Juli eröffnete die faschistische Polizei das Feuer auf Demonstranten in Madrid. Dabei wurden zwei Arbeiter verletzt. Schon vorher war die Polizei mit Gummiknüppeln und Rauchgranaten gegen die Demonstranten vorgegangen und hatte einzelne Gruppen von ihnen durch mehrere Stadtteile verfolgt. Über 100 Menschen wurden festgenommen.

Der monarchofaschistischen Diktatur gelingt es aber weder durch ihre Manöver noch durch die brutale Gewalt und die Morde ihrer Polizei, den Kampf der Volksmassen zu unterdrücken. In Bilbao wurde die Beerdigung der ermordeten Hausfrau zu einer machtvollen Demonstration gegen das Regime in Madrid. Über 60 000 Menschen beteiligten sich an dem Trauerzug, darunter auch viele Arbeiter der Werften und des Babcock-Stahlwerkes, die aus Anlaß des Mordes in den Streik getreten waren. Auch in Madrid standen kürzlich die Arbeiter von 34 Betrieben im Streik, darunter etwa 100 000 Metallarbeiter. Zwischen ihnen und der Polizei kam es zu heftigen Zusammenstößen. Streiks finden ebenfalls in verschiedenen anderen Städten des Landes statt. Im Feuer dieser Kämpfe werden in den Fabriken, Wohnvierteln, Universitäten und Ortschaften Hunderte republikanischer Komitees gebildet, die entschlossen sind, für die Republik und den Sturz des monarchofaschistischen Regimes zu kämpfen.



Madrid: Beim Festival der iberischen Völker entfaltet die FRAP unter großem Applaus die republikanische Fahne.

„Für die Republik und gegen die Monarchie!"

„Für die Republik und gegen die Monarchie!", unter dieser Losung kämpfen auch die Bauern. Tausende von ihnen führten in der letzten Zeit in der Provinz Tarragona in Katalonien, auf der Insel Mallorca und in anderen Gebieten des Landes Protestdemonstrationen durch.

Es ist jetzt gerade vierzig Jahre her, daß Franco und die anderen faschistischen Generale mit der Rückendeckung und der Hilfe des deutschen und italienischen Imperialismus gegen die 2. Spanische Republik putschten. Die Republik wurde trotz des heldenhaften Kampfes, den die Völker Spaniens mit dem Gewehr in der Hand gegen ihre Feinde führten, von den faschistischen Mördern in ihrem Blut erstickt. Aber wenn die Faschisten und Imperialisten geglaubt hatten, unter den spanischen Volksmassen die Ideale der Republik, den Wunsch nach Freiheit und Unabhängigkeit, auslöschen zu können, so haben sie sich getäuscht. In den Kämpfen der Arbeiter, Bauern und anderen Werktätigen, bei den großen Demonstrationen, an denen sich Hunderttausende beteiligen, ist die rot-gelb-violette Trikolore der spanischen Republik wieder erhoben.

Diejenigen, die unter ihrem Zeichen kämpfen und nicht die „Opposition" der modernen Revisionisten Carrillos, verkörpern die wirklichen Bestrebungen der Völker Spaniens. Carrillo und seine Partei versinken immer tiefer im Sumpf des Verrats. So erklärte das Vorstandsmitglied der spanischen revisionistischen Partei, Sanchez Montero, in einer Bittschrift (!) an Juan Carlos, er möge doch die Partei zulassen, denn sie sei weder „subversiv" noch lehne sie den „Pluralismus der Parteien" ab (mit anderen Worten: die Revisionisten bekräftigen, daß sie nichts dagegen haben, wenn z.B. die Faschisten in aller Öffentlichkeit ihr Unwesen treiben). So können nur Feinde des Kampfes der Völker Spaniens sprechen.

Die KP Spaniens/ML, die an der Spitze des Kampfes der spanischen Volksmassen steht, hat deshalb in ihrem Zentralorgan dazu aufgerufen, den Kampf für die Republik mit dem Kampf gegen die Verräter, die modernen Revisionisten vom Schlage Carrillos zu verbinden. Ohne diesen Kampf werden die Völker Spaniens nicht siegen können.

"Nuova Unita" zu den Wahlen in Italien

Die Wahlen lösen keinerlei Probleme

In einer ihrer letzten Nummern ging „Nuova Unita", das Zentralorgan der Kommunistischen Partei Italiens/Marxisten-Leninisten, auf den Ausgang der Wahlen in Italien ein. „Nuova Unita" betont, daß ein wichtiges Ergebnis der Wahlen der Stimmenzuwachs für die revisionistische Partei in Italien (KPI) ist. Die Zeitung schreibt unter anderem:

„Die KPI hat Stimmen gewonnen. Aber zu welchem Preis? Zu einem Preis, der vollständig von den Werktätigen bezahlt wurde — angefangen von denen, die in der einen oder anderen Weise noch Vertrauen in diese Partei hegen.

Die KPI hat dem Plan der Monopolbourgeoisie zugestimmt, die immer schwerere Last der Krise den Werktätigen aufzubürden; sie hat über die Gewerkschaftsführung Verträge und Abschlüsse tätigen lassen, bei denen sowohl die Tagesinteressen als auch die Perspektive der Arbeiterklasse geopfert wurden; sie hat sich zum Instrument der Faschisierung entwickelt, zu einem Instrument des kapitalistischen Versuchs, „Ordnung" in den Betrieben zu schaffen und diejenigen Fabrikräte und Organe, die für die Interessen der Werktätigen eintreten, anzugreifen; sie hat das Streikrecht und jedes wirkliche Kampfinstrument angegriffen; sie hat den antiimperialistischen Kampf für die Verjagung der US-Basen und Nato-Basen aus Italien aufgegeben, damit ihr Eintritt in die Regierung von den Amerikanern wohlwollend abgesegnet wird; sie hat Illusionen über die internationale „Entspannung" verbreitet und aus ihren Dokumenten das Wesen des Imperialismus gestrichen."

„Nuova Unita" geht in ihrem Artikel weiter darauf ein, daß es vor allem darauf ankommt, den Werktätigen Italiens zu erklären, daß sich durch parlamentarische Wahlen gar nichts an der Ausbeutung und Unterdrückung ändern kann. Dabei, betont „Nuova Unita", müssen vor allem die Revisionisten bekämpft werden, denen es gelungen ist, größere Teile der Jugendlichen zu verwirren. Eine Methode, mit der die Revisionisten gezielt versuchen, Jugendliche in ihren Fängen zu verstricken, schreibt „Nuova Unita", ist folgende: „Einige Jugendliche, die 1968 an der Spitze der Kämpfe standen, sind in die Fangleinen der revisionistischen Führer geraten. Sie nutzten vor allen Dingen ihre lokale Macht in den Gemeinden aus, beschafften ihnen Arbeitsplätze und versuchten sie dann im Geiste des Kompromisses und des Opportunismus zu beeinflussen. In einigen Fällen ist es ihnen so auch gelungen, junge Bürokraten zu züchten."

„Nuova Unita" betont deshalb, daß die Jugendlichen gegenüber der Partei Berlinguers, die sich „kommunistisch" nennt, sehr wachsam sein müssen. Denn sie will nichts anderes, als den Kampfgeist der Jugend auf den Boden des Parlamentarismus zerren.

Abschließend schreibt „Nuova Unita": „Harte Kämpfe erwarten die Arbeiterklasse und die Volksmassen. Die Krise der Bourgeoisie verschärft sich und sie ist entschlossen, sie vollständig von den Werktätigen bezahlen zu lassen. Auf internationaler Ebene wächst die Kriegsgefahr durch die Rivalität der beiden Supermächte USA und UdSSR um Hegemonie. Dies ist unsere Realität und sie kann auch nicht hinter der riesigen Staubwolke der bürgerlichen Wahlen versteckt werden. Der Kampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie ist ein Kampf um Leben und Tod: er wurde niemals mit dem Stimmzettel entschieden und wird niemals mit dem Stimmzettel entschieden werden."

VANGUARDIA OBRERA SEMANAL

Spanien

PROLETÁRIOS DE TODOS OS PAÍSES POVOS E NAÇÕES OPRIMIDAS UNI-VOS!

BANDEIRA VERMELHA

ÓRGÃO CENTRAL DO PARTIDO COMUNISTA PORTUGUÊS (RECONSTRUÍDO)

Portugal

REVOLUTIONÄRE ZEITUNGEN FÜR DIE AUSLÄNDISCHEN KOLLEGEN

Lieber Leser des ROTEN MORGEN!

Die abgebildeten Zeitungen, aber auch andere Zentralorgane der Bruderparteien der KPD/ML sowie weitere revolutionäre Zeitschriften von befreundeten ausländischen Organisationen können über die „Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus" (GewiSo) bezogen werden. Wir bitten insbesondere auch die ausländischen Kollegen auf diese Möglichkeit hinzuweisen. Die Zeitungen sind nur im Abonnement erhältlich.

Bestellungen bitten wir zu richten an: **Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus, 2 Hamburg 11, Postfach 11 16 49.**

Italien

PROLETARI DI TUTTI I PAESI, UNITEVI!

nuova unità

Türkei



DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION!

Wo Unterdrückung herrscht, da ist auch Widerstand

Das Volk von Argentinien kämpft

Nur wenige Nachrichten dringen seit dem faschistischen Militärputsch im letzten März durch die strenge Zensur über die Grenzen Argentiniens. Die Militärs und ihre imperialistischen Verbündeten versuchen den Eindruck zu erwecken, als sei das Land nach jahrelangen Kämpfen nun „befriedet", als seien Wohlstand und Ordnung eingekehrt. In einer ganzseitigen Anzeige der „Deutsch-argentinischen Industrie-und Handelskammer", die in westdeutschen Tageszeitungen erschien, heißt es zynisch: „Argentinien wurde seit jeher durch ein Klima der Freiheit und einem Respekt für die individuellen Rechte seiner Einwohner geprägt", oder „Die Arbeiter werden durch einen sozialen Gesetzeskörper geschützt, der ihre Rechte verteidigt: Es sind die fortschrittlichsten Gesetze des ganzen Kontinents auf diesem Gebiet", und sogar: Argentinien sei das Land mit dem höchsten Lebensstandard Lateinamerikas.

Die Wirklichkeit sieht anders aus. Mehr denn je beuten die argentinischen Faschisten das Volk aus, versuchen sie, seinen Befreiungskampf zu unterdrücken.

Seit Jahrzehnten kämpft das argentinische Volk für seine nationale Unabhängigkeit, für Demokratie und soziale Rechte. 1973 hatte sich dieser gerechte Kampf soweit zugespitzt, daß die US-Imperialisten und ihre einheimischen Lakaien gezwungen waren, den erneuten Machtantritt der Peronisten und die Rückkehr Perons selbst hinzunehmen. Die Militärdiktatur wurde gestürzt. Das Volk befreite jubelnd Hunderte politischer Gefangener. Die Regierung war gezwungen, verschiedene Maßnahmen durchzuführen, die im Interesse des Volkes waren.

Doch das argentinische Volk mußte bald erkennen, daß auch der Peronismus eine volksfeindliche Diktatur war, der sich nur besser tarnte hinter dem Mantel der Ideologie der „Volksgemeinschaft". Schon am Tage der Rückkehr Perons ließ die Regierung das Feuer auf eine Demonstration eröffnen, die mit patriotischen, revolutionären Parolen durch die Straßen zog, und dabei 400 Jugendliche ermorden. So wuchs der Kampf der argentinischen Werktätigen immer mehr an. In machtvollen Streiks, in Fabrikbesetzungen, in Massendemonstrationen forderte das Volk nationale Freiheit und Demokratie. **Ihren Höhepunkt erreichten diese Kämpfe im Generalstreik, bei dem im Juli vergangenen Jahres die gesamte argentinische Arbeiterklasse die Arbeit niederlegte und in Versammlungen und Demonstrationen ihre Rechte forderte.**

Die US-Imperialisten und ihre einheimischen Komplizen sahen nur einen Weg, diese machtvollen Kämpfe niederzuschlagen: die Errichtung einer offen faschistischen Diktatur. Mehrmals unternahm die Armee Putschversuche, die vom Volk noch zurückgeschlagen werden konnten. Mit Massenmorden und offenem Terror bereiteten die Faschisten schließlich den Putsch vom 24. März vor, stürzten die Regierung Peron und errichteten durch Feuer und Blut eine volksfeindliche, proamerikanische Diktatur.

Seither hat die Militärjunta die politische Unterdrückung des Volkes systematisch verschärft. Sie löste das Parlament auf, führte die Todesstrafe wieder ein für die Hinrichtung von Polizisten, Politikern und Wirtschaftsmagnaten durch das Volk, sie errichtete Militärtribunale, verbot der argentinischen Bruderpartei und vieler weiteren revolutionären Organisationen jede politische Betätigung, warf fortschrittliche Gewerkschaftsführer ins Gefängnis, verhängte Streikverbot über das Land und schickte Killertrupps des Geheimdienstes SIDE mordend und brandschatzend durch die Großstädte. Mehr als 30 000 politische Gefangene werden heute in Argentinien gefoltert, viele hundert Menschen auf offener Straße von Militär und Polizei erschossen oder verschleppt, niemand erfährt etwas über ihren Aufenthalt. Die Polizei führt Razzien durch in den Großbetrieben und nimmt ganze Teile der Belegschaften mit ins Gefängnis. Täglich melden die Zeitungen Morde der Rollkommandos der AAA, der „Antikommunistischen Allianz Argentiniens". So fanden Bewohner eines Stadtteils von Buenos Aires vor einigen Tagen morgens vor ihrer Tür die Leichen von acht gefesselten jungen Männern, die von Gewehrsalven durchsiebt waren. Kurze Zeit später erschossen Maskierte einen gefesselten jungen Mann auf dem größten Platz der Hauptstadt, einige Tage danach wurden fünf Priester, die angeblich mit fortschrittlichen Kräften zusammengearbeitet haben sollen, von schwerbewaffneten Zivilpolizisten in ihren Betten ermordet.

Während sie so versuchen, ein ganzes Volk niederzuknüppeln und einzuschüchtern, haben die Militärs die Ausplünderung der Werktätigen enorm verschärft und so ihren imperialistischen Oberherren und Freunden Riesenprofite gesichert. Die Inflationsrate beträgt z.Z. 713%. Seit ihrem Machtantritt haben die Faschisten das durchschnittliche Realeinkommen der Arbeiterklasse um die Hälfte heruntergedrückt. Angeblich, um die Inflation zu bekämpfen, verhängten sie Lohnstopp und schafften gleichzeitig alle Preisbindungen ab. Die Mieten wurden drastisch erhöht und Notstandssteuern eingeführt. In manchen Branchen sank die Produktion darauf hin um bis zu 90%, Tausende Arbeiter wurden entlassen oder mußten Lohneinbußen durch Kurzarbeit hinnehmen. Allein aus dem Staatsdienst wurden bisher 60 000 Beschäftigte entlassen. Das Land ist mit 10 Milliarden Dollar verschuldet, allein gegenüber der Bundesrepublik hat es Schulden von fast 2 Milliarden DM.

Angesichts dieser Lage hat die Marxistisch-Leninistische Kommunistische Partei Argentiniens das Volk zu verstärktem Kampf aufgerufen. Bereits wenige Tage nach dem Putsch, als die Militärs ihr bereits alle politischen Aktivitäten verboten hatten, veröffentlichte sie ein Manifest mit einer Erklärung des Ständigen Ausschusses des Zentralkomitees. Seither hat sich ihr Einfluß unter den Massen verstärkt. In einem Interview, das Genosse Federico Paredes, ein Führer der MLKP Argentiniens, der spanischen Nachrichtenagentur APEP gab, berichtet er beispielsweise von einem Streikaufruf der Partei unmittelbar nach dem Putsch, dem allein in Cordoba 7 000 Werktätige folgten, und der auch in anderen Städten unterstützt wurde. Mit dem Ziel der nationalen Unabhängigkeit, mit dem Ziel des Sozialismus vor Augen, so sagt Genosse Paredes, *„spielte unsere Partei eine führende Rolle in den wichtigsten Kämpfen der Arbeiter, die sich in unserem Land entwickelt haben. In diesen Kämpfen hat sie sich konsolidiert und ihr Ansehen unter den fortschrittlichsten Arbeitern erhöht. Sie hat sich gestählt und bolschewisiert. Mit Dutzenden ihrer Mitglieder, die gefangengenommen und gefoltert wurden und die als Märtyrer fielen, wie Ricardo Kossoy und Teresa Estebao, hat sie zum Kampf des argentinischen Volkes für Freiheit und Demokratie unter einer sozialistischen Perspektive beigetragen."*

Eine besonders wichtige Aufgabe in diesem Kampf, so hebt Genosse Paredes hervor, ist die unermüdliche Entlarvung der modernen Revisionisten. *„Diese Elemente haben das argentinische Volk einmal mehr betrogen. Angesichts der Errichtung der Militärdiktatur, nahmen sie eine Haltung kritischer Unterstützung ein und garantierten so der Clique faschistischer Offiziere ihre Unterstützung. Das ist nichts neues. Diese Leute unterstützten nicht nur den Staatsstreich von 1955, die revisionistische ‚Kommunistische' Partei hat in den letzten Jahren offen für einen Staatsstreich gearbeitet."* Für diesen Verrat fehlt es nicht an Beispielen. So unterstützten die Revisionisten das reaktionäre peronistische Regime und arbeiteten so gegen die kämpfenden Volksmassen. Als Ausweg aus der wirtschaftlichen und politischen Krise forderten sie zuletzt die Errichtung eines Kabinetts, in dem auch Militärs vertreten sein sollten, und wurden nicht müde, die Qualitäten von General Videla, dem heutigen Führer der Militärfaschisten, zu loben. So wurden sie zum direkten Handlanger der Junta, sabotierten die Kämpfe der Arbeiterklasse und verbreiteten Illusionen unter den Werktätigen. Kein Wunder, daß die Regierung heute diese Dienste der Revisionisten zu würdigen weiß! Im Gegensatz zur MLKPA und anderen revolutionären Organisationen arbeiten die modernen Revisionisten heute in Argentinien nach wie vor vollkommen legal – unter einer faschistischen Diktatur!

Eine Gefahr für den Kampf des argentinischen Volkes, so zeigt Genosse Paredes weiter, sind auch die verschiedenen kleinbürgerlichen Strömungen, die noch relativ grossen Einfluß haben. Zwar sind die bewaffneten Aktionen zahlreicher revolutionärer Gruppen gut und nicht schlecht. Erst kürzlich sprengten sie den Polizeipräsidenten in seinem eigenen Bett in die Luft, und nur wenige Tage später explodierte das Hauptquartier des Geheimdienstes SIDE, mindestens 18 Agenten wurden getötet und 60 verletzt. Doch diese Gruppen, wie beispielsweise die Monteneros, die keineswegs auf die Organisierung, Mobilisierung und Bewaffnung der Arbeiterklasse und der werktätigen Massen hinarbeiten, geraten immer mehr in den Einfluß der modernen Revisionisten. Nicht weniger unglücklich war die Rolle jener Organisationen, die das Regime Peron als „antiimperialistisch" verteidigten und behaupteten, die machtvollen Kämpfe der Arbeiterklasse, die dieses Regime schwächten, seien gegen die Interessen des Volkes und „prosozialimperialistisch".

Im Kampf gegen diese falschen Strömungen erzieht die MLKP Argentiniens die Arbeiterklasse, verankert sich immer besser unter den Massen und hat die Aufgabe in Angriff genommen, eine demokratische patriotische Front aufzubauen. Unermüdlich zeigt sie dem argentinischen Volk den einzigen Ausweg aus Ausbeutung und Unterdrückung: den unversöhnlichen, bewaffneten Kampf gegen die imperialistische Unterdrückung, für nationale Unabhängigkeit und Sozialismus.

Siemens, Mercedes, Dresdner Bank...

Westdeutsche Imperialisten plündern Argentinien aus

Gewiß, es sind die US-Imperialisten, die heute in Argentinien das Heft in der Hand haben, die den Militärputsch anzettelten und das ganze Land beherrschen. Aber die westdeutschen Imperialisten haben nicht weniger Interesse an der faschistischen Unterdrückung des argentinischen Volkes. Sie gehören zu den größten Räubern, die sich in diesem reichen Land eingenistet haben. Und selbst als der argentinische Geheimdienst SIDE zwei junge Deutsche verschleppte, folterte und gefangenhielt, konnte das die ausgezeichneten Beziehungen nicht stören: Staatssekretär Moersch besuchte kürzlich Buenos Aires, in diesen Tagen ist argentinischer Staatsbesuch in Bonn.

Anfang dieses Monats kam der argentinische Wirtschaftsminister nach Bonn, um neue Kredite zu erbetteln und die westdeutschen Imperialisten zu noch größeren Investitionen in seinem Land zu animieren. Daß diese Kredite keineswegs dem argentinischen Volk zugute kommen, gab die „Frankfurter Rundschau" unverblümt zu: Die Militärjunta ist heute schon so hoch verschuldet, daß sie neue Kredite aufnehmen muß, um die laufenden Verbindlichkeiten zahlen zu können. Die westdeutschen Imperialisten gehören dabei zu den größten Gläubigern. Argentinien steht auf Platz 14 ihrer Schuldnerliste.



Mit Hungerlöhnen und großer Arbeitshetze plündern die westdeutschen Imperialisten die argentinischen Werktätigen aus. Unser Bild zeigt Arbeiterinnen im Siemens-Werk von Buenos-Aires.

Überhaupt ist Argentinien das lateinamerikanische Land, in dem die Krupp und Thyssen – nach Brasilien – am meisten investiert haben. Siemens, Mercedes, die Dresdner Bank – das sind nur einige Namen deutscher Firmen, die hier Niederlassungen errichtet haben. Sie profitieren nicht nur an der enorm hohen Ausbeutung der argentinischen Werktätigen, sondern bereichern sich auch an den wertvollen Bodenschätzen des Landes: vor allem Erdöl, Erdgas und Eisenerze. Außerdem ist Argentinien der fünftgrößte Uranproduzent der Welt.

Gegen diese Räuber führt das argentinische Volk seit Jahren einen unversöhnlichen Kampf. Zu den antiimperialistischen Maßnahmen, die das Volk der Regierung Peron abtrotzte, gehörte u.a. die teilweise Nationalisierung ausländischer Großkonzerne und gerichtliche Verfolgung korrupter Geschäftspraktiken. Auch Siemens gehörte damals zu den Angeklagten.

Die Militärfaschisten haben diese Maßnahmen wieder rückgängig gemacht. Auch die Anzeige gegen Siemens wurde fallengelassen. Im Gegenteil: Sie versuchen, immer mehr westdeutsches Kapital ins Land zu holen. Und die westdeutschen Kapitalisten sagen nicht nein! Argentinien sei ein Land, „in dem die deutsche Industrie blüht", versichert die Junta in ihrer Werbekampagne, und „unter anderem haben sich verschiedene deutsche Gesellschaften im Land niedergelassen, die von den guten wirtschaftlichen Voraussetzungen profitieren". Und sie versprechen den Ausbeutern „ehrbare Gesetze, die Unternehmen, welche dem Land neue Arbeits- und Entwicklungsquellen zutragen, schützen".

Angesichts dieser Tatsachen ist es nichts als Hohn, wenn die Bundesregierung nun angeblich „intensiv" nach den zwei Deutschen forschen lassen will, die der Geheimdienst SIDE verschleppte und die seither verschwunden sind. **Es kann gar keine Rede davon sein, daß die westdeutschen Imperialisten und ihre Regierung tatsächlich an einer demokratischen Regierung in Argentinien interessiert sind. Denn es sind die Faschisten, die ihnen durch die Unterdrückung des Volkes enorme Extraprofite garantieren.**

HÖRT DIE REVOLUTIONÄREN SENDER

RADIO TIRANA

UHRZEIT	WELLENLÄNGE
1. Programm	
13.00-13.30	32 m und 41 m (KW)
16.00-16.30	32 m und 41 m (KW)
19.00-19.30	41 m und 50 m (KW)
2. Programm	
14.30-15.00	32 m und 41 m (KW)
18.00-18.30	32 m und 41 m (KW)
21.30-22.00	41 m und 50 m (KW) und 215 m (MW)
3. Programm	
6.00- 6.30	41 und 50 m (KW) und 215 m (MW)
23.00-23.30	41 m und 50 m (KW) und 206 m (MW)

32 m entspricht 9,26 MHz (KW)
41 m entspricht 7,23 MHz (KW)
50 m entspricht 5,95 MHz (KW)
215 m entspricht ca. 1400 KHz (MW)



RADIO PEKING

19.00-20.00	31,7 m, 42,7 m und 38,5 m (KW)	31,7 m entspricht	9,46 MHz (KW)
		42,7 m entspricht	7,01 MHz (KW)
21.00-22.00	ebenso	38,5 m entspricht	7,78 MHz (KW)

Prozeß in Japan

Mexaform macht krank

Zwei der bei uns am häufigsten bei Durchfall eingenommenen Mittel sind Mexaform und Entero-Vioform mit dem Wirkstoff Clioquinol. Jahrzehntelang vorher wurde Durchfall mit völlig harmloser Aktivkohle in Comprettenform oder als Granulat behandelt. Es half. Aber es brachte der Pharmaindustrie keinen Profit. Deshalb wurden hier bei uns Mexaform und Entero-Vioform mit riesigem Werberummel als „Volksheilmittel" lanciert. Die Kasse der Herstellerfirma Ciba-Geigy klingelte.

Gleichzeitig aber starben Menschen oder wurden unheilbar krank. Denn der Wirkstoff Clioquinol ist die Ursache für die lebensgefährliche Nervenkrankheit SMON.

In Japan trat diese Krankheit, die zu Durchfall, Gefühlsstörungen an Armen und Beinen, Ausfall der Funktion der Skelettmuskeln, Sehstörungen, Lähmungen am ganzen Körper und schließlich zum Tod führen kann, Ende der 60er Jahre gehäuft auf. Damals waren ganze Dörfer wegen einer Diarrhöe-Epedemie massenhaft mit clioquinolhaltigen Mitteln behandelt worden. Seitdem starben bisher in Japan 900 Menschen an der Krankheit SMON, einige tausend wurden unheilbare, totale Pflegefälle. Insgesamt bekamen zwischen 11 000 und 20 000 Menschen diese Krankheit.

Man sprach von der „mysteriösen" Krankheit SMON. In Wirklichkeit war die Ursache der Krankheit längst bekannt. Denn — so unglaublich es klingt —, kein einziger dieser Menschen hätte sterben müssen, hätte die Firma Ciba-Geigy nicht für ihren Profit bewußt ihren Tod einkalkuliert!

Bereits 1962 hatte ein Schweizer Veterinärmediziner anhand von Tierversuchen ermittelt, daß die Einnahme dieser Medikamente zu Störungen des zentralen Nervensystems führt und diese Tatsache auch der Firma Ciba (der Vorgängerin von Ciba-Geigy) mitgeteilt. Doch die Firma dachte nicht daran, das Präparat zurückzuziehen — sie verbot stattdessen dem Mediziner, seinen Befund bekanntzumachen. Er kam deshalb erst jetzt ans Tageslicht, als der Mediziner in einem der japanischen Prozesse gegen Ciba-Geigy und zwei weitere japanische Pharmafirmen aussagte.

Aber es gab nicht nur Tierversuche. 1965 führten zwei schwedische Wissenschaftler Selbstversuche und andere Untersuchungen durch, die zu genau dem gleichen Ergebnis führten.

1970/71 führte dann eine der jetzt angeklagten japanischen Firmen ebenfalls Tierversuche durch, die das gleiche Ergebnis zeigten. Diese Ergebnisse verschwanden aber in den Schubladen der Firma, bis Mittel wurde weiter verkauft, bis endlich — durch die massiven Proteste der Bevölkerung unter Druck gesetzt — die japanische Regierung den Verkauf clioquinolhaltiger Mittel verbot. Von da an trat in Japan auch die Krankheit SMON nicht mehr auf.

Im Juni dieses Jahres fand nun vor einem japanischen Gericht einer der Prozesse gegen die drei Pharmafirmen statt, den durch Clioquinol Geschädigte angestrengt hatten. In diesem Prozeß sahen sich die Firmen angesichts der erdrückenden Beweise und der Empörung im ganzen Land gezwungen, einen Vergleich anzubieten — sie gaben also indirekt ihre Verantwortung für den Tod von Hunderten von Menschen, für die Leiden von Tausenden zu.

Aber damit ist der Fall noch nicht beendet. Denn die Firma Ciba-Geigy verkauft die Medikamente mit dem gesundheits- ja lebensgefährlichen Wirkstoff Clioquinol weiter. Auch hier in der Bundesrepublik!

Im selben Monat, in dem die Firma in Japan vor Gericht stand, verschickte sie an alle Ärzte der Bundesrepublik ein Schreiben, in dem für die weitere Einnahme von Mexaform usw. Reklame gemacht wird. Zynisch erklärt die Firma, die im selben Brief zugeben muß, daß nach dem Verbot ihrer Medikamente die Krankheit SMON in Japan nicht mehr auftrat: „Die in der übrigen Welt festgestellte außergewöhnlich gute Verträglichkeit von Clioquinol bestätigt, daß SMON ein spezifisch japanisches Problem darstellt." Und das, obwohl natürlich auch Ciba-Geigy weiß, daß ihre Mittel außer in Japan auch in Schweden verboten sind.

Ciba-Geigy will also weitermorden! Und Bonn leistet Beihilfe zum Mord! Bundesregierung und Bundestag sehen seelenruhig zu, wie Mütter weiter ihren kleinen Kindern das überall angepriesene Mittel geben, wie Ärzte es weiter verordnen und Apotheker es weiter verkaufen.

Warum schlägt das Gewissen dieser Herren nicht? Weil sie für das Leid von Tausenden taube Ohren haben. Weil ihnen dafür aber das Klingeln der Kasse eines Schweizer Konzerns Musik in den Ohren ist. Diese Herren nennen sich Volksvertreter, aber allein der Fall Ciba-Geigy zeigt, was sie wirklich sind: Vertreter der Profitinteressen der Monopole. Volks(zer)treter.

Todesursache: Rauschgift

24 jugendliche Todesopfer

24 Jugendliche sind allein in Südwestdeutschland seit Jahresanfang an Rauschgift gestorben. Opfer gewissenloser Dealer und Mafia-Bosse, Opfer einer raffiniert gelenkten Propaganda, die die Jugendlichen entweder direkt mit den „schönen Träumen" lockt oder Rauschgift als „verbotene süße Früchte" interessant macht.

Sicher, offiziell bekämpft der kapitalistische Staat den sogenannten „Drogenmißbrauch". Davon ist auch jetzt wieder die Rede, wenn zugegeben werden muß, daß die Zahl von 28 Jugendlichen, die im letzten Jahr in der gesamten Bundesrepublik an Rauschgift starben, in diesem Jahr schon im ersten Halbjahr und nur in einem Teil der Bundesrepublik erreicht wurde. Aber wie die Wirklichkeit dieses angeblichen „Kampfes" aussieht, ist bekannt. Man hängt die Kleinen und läßt die Großen laufen. Wie etwa kürzlich in Dortmund, wo ein Heroin-Dealer 18 Monate Gefängnis auf Bewährung erhielt, weil er einer „geregelten Arbeit" nachgehe. Diese angebliche Arbeit, die bei dem Dortmunder Richter von Krahn so große Milde hervorrief, spielte sich nirgendwo anders als in einer stadtbekannten Drogenkneipe ab . . .



Das Ende eines rauschgiftsüchtigen Jugendlichen. Heroin brachte ihn um.

Bonner "Hilfe"

Kommen Sie auch als Hausfrau oft mit Ihrem Haushaltsgeld nicht aus? Dann dürfte es Sie interessieren, wie Bonn in solchen Fällen „hilft".

Eine Hausfrau aus Augsburg wandte sich mit ihren Sorgen an die Zeitschrift „Funk Uhr" und fragte: „Wie machen es Frauen ähnlicher Familien, daß sie mit dem Geld auskommen?" Als Antwort druckte die Zeitung nebenstehende Tabelle der „Zentralstelle für rationelles Haushalten" in Bonn ab.

Andere „Funk Uhr"-Leser reagierten so empört, daß sich die Redaktion gezwungen sah, wenigstens teilweise die Karten auf den Tisch zu legen. Da hieß es dann nämlich: „Bei der Ermittlung der Durchschnittsmiete (in der Tabelle mit 300 DM angegeben - RM) wurden zum Beispiel auch diejenigen Familien mit erfaßt, die ein Haus oder eine Eigentumswohnung besitzen und gar keine Miete bezahlen."

Eine solche „Hilfe" aber nennt man auf deutsch Betrug. Betrug, mit dem die Schwierigkeiten, die auf Grund der niedrigen Löhne in den Familien entstehen, den Frauen in die Schuhe geschoben werden sollen, die angeblich nicht wirtschaften können. Betrug, der verhindern soll, daß von Frauen und Männern gemeinsam der Kampf aufgenommen wird: gegen Lohnraub, Teuerung und astronomische Steuern und Sozialabgaben.

Miete	300 Mark
Strom	30 Mark
Heizung	30 Mark
Versicherung, Beiträge	122 Mark
Schulbedarf	35 Mark
Rundfunk- und Fernsehgebühren, Zeitungen	35 Mark
Kleidung, Reparaturen	100 Mark
Hausrat (einschl. Rücklagen für Renovierungen)	75 Mark
Nahrungs-, Genußmittel	430 Mark
Wäsche, Reinigung	27 Mark
Körperpflegemittel	35 Mark
Fahrgeld	30 Mark
Sonstiges	21 Mark
Taschengeld für 4 Pers.	130 Mark
Spargeld	100 Mark

Diese Durchschnittszahlen wurden von der Zentralstelle für rationelles Haushalten, Postfach 2580, 5300 Bonn 1, zusammengestellt.

Stuttgarter Bevölkerung fordert

Keine Fahrpreiserhöhungen

Am 1. August sollen in Stuttgart die Fahrpreise erhöht werden — um durchschnittlich 8%. (Erst im letzten Jahr waren die Preise um 18% gestiegen.) Und schon kündigte ein Vorstandsmitglied der SSB an, daß 1977 die Preise um mindestens 7,4%, 1978 um mindestens 9,7% und 1979 um mindestens 10,4% steigen sollen. Gleichzeitig wird in Stuttgart — wie überall — der Nahverkehr eingeschränkt.

Die Empörung ist deshalb groß. Bereits im letzten Jahr hatten in Stuttgart im Kampf gegen die Fahrpreiserhöhungen zwei Demonstrationen stattgefunden. Mehrmals wurden die Schienen besetzt. In großer Zahl stand damals Polizei mit Pferdestaffeln bereit, die Preiserhöhungen mit Gewalt durchzusetzen.



Die Partei hat in Flugblättern zum Kampf aufgerufen. Kundgebungen in der Stadt fanden großes Interesse. Teilweise hörten an die 100 Menschen längere Zeit den Kurzreden zu, in denen die städtische Ausplünderungspolitik angegriffen wurde.

Parteibüros der KPD/ML

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der ROTEN GARDE, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen. Über die Parteibüros können auch Literatur aus der VR China, der VR Albanien und Veröffentlichungen des Verlages ROTER MORGEN bezogen werden.

◯ Ich möchte besucht werden. Ich bitte um Informationsmaterial ◯
(Bitte ankreuzen und an das nächstgelegene Parteibüro einsenden).

Zentrales Büro, Redaktion ROTER MORGEN und Landesverband (LV) NRW: 46 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15-18, Sa 10-14 Uhr.

PARTEIBÜROS:

LV Wasserkante, Hamburg, Buchladen „Roter Morgen", Stresemannstr. 110. Tel.: 040/4399137. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Niedersachsen, Hannover, Elisenstr. 20. Tel.: 0511/44 51 62. Öffnungszeiten: Di und Do 17.00 bis 19.00, Sa 9-13 Uhr.

LV Südwest, Mannheim, Lortzingstr. 5. Tel.: 0621/376744. Öffnungszeiten: Mo-Fr 17.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Bayern, München, Buchladen „Roter Morgen", Maistr. 69, Tel.: 089/535987. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Baden-Württemberg, Stuttgart, Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr. 107, Tel.: 0711/432388. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

Sektion Westberlin, Berlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Schererstr. 10. Tel.: 030/4652807. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 10-14 Uhr.

Bielefeld, Buchladen „Roter Morgen", Sudbrackstr. 31. Öffnungszeiten: Mo, Do und Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

Bochum, Buchladen „Roter Morgen", Dorstener Str. 86. Tel.: 0234 / 51 15 37. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16-19, Sa 10-13 Uhr.

Bremen-Walle, Waller Heerstr. 70. Öffnungszeiten: Do und Fr 16.00-19.00, Sa 9-13 Uhr.

Duisburg-Hochfeld, Paulusstr. 36. Öffnungszeiten: Mi und Fr 16.00-18.30, Sa 10-13 Uhr.

Frankfurt, Buchladen „Roter Morgen", Burgstr. 78

Kiel, „Thälmann-Buchladen", Reeperbahn 13. Tel.: 0431/74762. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

Köln, (Köln 91). Buchladen „Roter Morgen", Kalker Hauptstr. 70, Öffnungszeiten: Di-Fr 15.00-18.30 Sa 9-13 Uhr. Tel.: 0221 / 85 41 24.

Lübeck, Buchladen „Roter Morgen", Schlumacherstr. 4. Öffnungszeiten: Mo, Mi und Fr 16.30-18.30 Uhr.

Münster, Buchladen „Roter Morgen", Bremer Platz 16. Tel.: 0251/65205. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 11-14 Uhr.